

Politische Berichte

PROLETARIAT ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIAT ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!



**Der „Fall Mannesmann“ und die
Polarisierung der
Gesellschaft S. 3**

**Ecuador: Militärs
instrumentalisieren
Rebellion zum Sturz
Mahuads S. 8**

**Umkämpfte Schule
S. 12-14**

**Lohnbewegung
S. 15 -18**

**Diskussionsbeitrag:
Solidarität jenseits
nationalem Denkens
– linke Kritik an der
PKK ist möglich und
notwendig
S. 21**



Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
– ERSCHEINT VIERZEHN TÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Christiane Schneider, Hamburg; GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43188820, Fax: 040 / 43188821.

Auslandsberichterstattung: Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

Regionales / Gewerkschaftliches West ...: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32 ... **und Ost** Rüdiger Lötzer; GNN-Verlag, Postfach 200639, 13516 Berlin, Tel. 030 / 24009468, Fax: 030 / 24009469

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite: Alfred Küstler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221 / 211658, Fax: 0221 / 215373

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Politischen Berichte veröffentlichen die Mitteilungen der „**ArGe**, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,50 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 45,50 DM (Förderabo 71,50 DM), ein Jahresabonnement kostet 91 DM (Förderabo 143 DM). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 80,60 DM, Sozialabo: 65 DM. Ausland: + 13 DM Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

o 4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen.

o Halb- o Jahresabo (45,50 DM / 91 DM je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (71,50 DM / 143 DM).

o Halb- o Jahres-Sozialabo (32,50 DM / 65 DM).

o Halb- o Jahresabo neue Länder (40,30 DM / 80,60 DM)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart

REFÖRMCHEN. Bundesbildungsministerin Bulmahn hat „Eckpunkte für eine BAföG-Reform“ vorgelegt. Danach will die Regierung 500 Mio. DM an Zuschüssen fürs BAföG lockermachen; u.a. wird das Kindergeld nicht mehr angerechnet, die Freibeträge und Bedarfssätze werden erhöht, der Höchstsatz steigt von derzeit 1.030 auf 1.100 DM monatlich; mehr Studierende sollen mehr Geld bekommen, so die Ministerin. Aus der groß angekündigten grundlegenden Reform ist ein Reförmchen geworden. Umgehend haben die unionsregierten Länder erklärte, die „Reform“ mittragen zu wollen, das Konzept, so die baden-württembergische Kultusministerin, stamme ohnehin „aus der Feder der CDU“. Genau das kritisiert das Deutsche Studentenwerk: Am alten Modell ändere sich nichts grundsätzlich, es würden nur Beträge erhöht und an Details gebastelt, so wie es die letzte Koalition seit Jahren getan habe. „Die Bereitstellung von zusätzlich 500 Mio. Mark bringt uns ungefähr wieder auf den Stand von 1994/95“, so der Präsident.

ANBINDUNG. Der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, ein Gemeinschaftsverband „der Wirtschaft“ zur Förderung der Wissenschaft mit einem Gesamtvermögen von 1,9 Mrd. DM, hat 1999 170 Mio. Mark, 11 Mio. mehr als 1998, an Wissenschaftler und Forscher „verteilt“. Jetzt fordert er von der Bundesregierung, den möglichen Spendenabzug vom Einkommen auf 20% zu erhöhen, um so „größeren Stifter“ das Stiften für den guten Zweck, die noch engere Anbindung von Wissenschaft und Forschung an die Zwecke der Kapitalverwertung, zu erreichen. Demselben Ziel dient auch das Schwerpunktprogramm des Verbandes für 2000: neue Formen für die Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Industrie stärker zu fördern.

BERUFSVERBOTE. Anlässlich des 28. Jahrestages des 1972 von der Brandt-Regierung verhängten „Radikalerlasses“ weist die Initiative „Weg mit den Berufsverboten“ darauf hin, dass auch die rot-grüne Bundesregierung sich weigert, die Konsequenzen aus dem Urteil des Straßburger Menschenrechtsgerichtshofes zu Dorothea Vogt zu ziehen, die aufgrund des Erlasses entlassenen Beamten generell wieder einzustellen und den Schaden wiedergutzumachen. Bilanz des Erlasses seit 1972: 11.000 Berufsverboteverfahren auf dem Hintergrund von 35.000 Dossiers der Geheimdienste als Folge von 3,5 Millionen Überprüfungen, 2200 Disziplinarverfahren, 256 Entlassungen und 1250 endgültig abgelehnte Bewerber. Derzeit klagen sieben damals Entlassene in Straßburg, ein Dutzend weiterer Verfahren ist bei verschiedenen Gerichten in der BRD anhängig.

TERRORGESETZE. Mit einer Kleinen Anfrage wendet sich die PDS-Abgeord-

nete Jelpke gegen die sog. „Terroristengesetz“, v.a. den §129a StGB. Von allen seit 1976 eingeführten Sondergesetzen ist lediglich die Kronzeugenregelung Ende 99 ausgelaufen. Die Abgeordnete will u.a. wissen, gegen wie viele Personen seit 1976 auf Grundlage des §129a Ermittlungsverfahren durchgeführt, wie viele Durchsuchungen und Verhaftungen vorgenommen wurden und wie viele Personen verurteilt wurden; wie viele Personendaten gespeichert wurden. Vor allem, ob die Bundesregierung die Abschaffung der „Terroristen“gesetze beabsichtigt. Auf die Begründung der Antwort des Innenministers und ehemaligen Verteidigers von Gefangenen aus der RAF, Otto Schily, darf man gespannt sein.

KEIN ANSPRUCH. Das Oberlandesgericht München hat Schadensersatzforderungen zurückgewiesen, die die Hinterbliebenen der elf israelischen Sportler, die 1972 während der Olympischen Spiele durch eine palästinensische Gruppe als Geiseln genommen und während der „Befreiungsaktion“ der deutschen Polizei getötet worden waren. Erstens seien, so das Gericht, eventuelle Ansprüche verjährt, zweitens hätte sich der deutsche Staat keinerlei Versäumnisse schuldig gemacht, und überhaupt seien die Entscheidungen des damaligen Krisenstabes sowieso nicht gerichtlich nachprüfbar.

RÜSTUNGSZUSAMMENARBEIT. Am 24.1. hat sich der „Deutsch-Südafrikanische Ausschuss für die Zusammenarbeit in Rüstungswirtschaft und Rüstungstechnik“ konstituiert. Die erste Sitzung fand sinnigerweise in Hamburg statt: Ende 1999 hat Südafrika Verträge mit verschiedenen Werften über die Lieferung von vier Korvetten und 3 U-Booten geschlossen. Schon vorher, im Juni 1999, hatte Scharping und sein südafrikanischer Amtskollege eine Vereinbarung über die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Rüstungswirtschaft und Rüstungstechnik beschlossen. Die „Zusammenarbeit“ besteht darin, dass die deutsche Rüstungsindustrie exportiert und sich Südafrika mit der Technik die Experten und Militärberater ... ins Land holt und die BRD sich zunehmend Einfluss auf die regionale Macht im südlichen Afrika sichert.

WAS KOMMT DEMNÄCHST? Am 17.2. steht der Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung auf der TO des Parlaments. Weiter werden die Eröffnung der RegKonferenz über institutionelle Reformen der EU und die Ergebnissen des Europäischen Rates am 14./15.2. debattiert. Am Ende steht die 2./3. Beratung des PDS-Antrages zu „Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid“ an. Am 18.2. beschäftigt sich der Bundestag mit dem Unternehmenssteuerreform- und Steuersenkungsgesetz.

Der „Fall Mannesmann“ und die Polarisierung der Gesellschaft

Wer in diesen Wochen und Monaten die Fernsehnachrichten verfolgt, der könnte manchmal meinen, der Reichtum dieser Gesellschaft und überhaupt aller Gesellschaften des industrialisierten „Nordens“ auf diesem Globus quillt aus Aktien. Von Arbeit als Quelle des Reichtums ist da keine Spur. Geradezu aufseufzende Erleichterung müsste sich da bei allen eingestellt haben, die von diesen Fernsehnachrichten Tag für Tag gequält wurden, als die IG Metall ihre Tarifforderung von 5,5 Prozent aufstellte. Aber irgendwie will sich diese Erleichterung nicht einstellen.

Statt dessen scheint das Geschehen an den Börsen noch immer alles zu bestimmen – zumindest das ideologische Geschehen.

Tatsächlich hat sich Erhebliches abgespielt.

Erstens: Die Kurse an den deutschen Börsen, so war im Umfeld der CDU-Parteikrise von Ex-Innenminister Kanther zu hören, sind seit 1980 im Durchschnitt auf ihren siebenfachen Wert gestiegen. Anders formuliert: Wer 1980 ein Aktiendepot von sagen wir 50 000 DM besaß – zum Beispiel weil seine Lebensversicherung die dort hingezahlten Beiträge zur Altersvorsorge in Aktien angelegt hat – dessen Lebensversicherung ist seitdem auf den (nominal) siebenfachen Preis angestiegen – 350 000 DM.

Keine Lohnbewegung und keine gesetzliche Rente kann da mithalten.

Dagegen wird eingewandt, Aktienkurse seien nicht sicher. Das stimmt. Der Kurs der SAP-Aktien beispielsweise schwankte in den letzten 12 Monaten zwischen 265 Euro je Aktie und 740 Euro je Aktie. Wäre also die SAP-Aktie schon 1980 an der deutschen Börse gehandelt, also notiert gewesen, zum Beispiel mit einem Kurs von 100 Euro, so hätte sie sich seitdem im Kurs versiebenfacht. Aber: Wer im letzten Jahr zum falschen Zeitpunkt verkauft hätte, der wäre auch im schlechtesten Fall nur mit dem 2,65-fachen Erlös ausgestiegen. Was nicht viel ist nach 20 Jahren. Also: Aktienkurse sind unsicher. Aber. Was ist in dieser Gesellschaft schon sicher? Arbeitsplätze oder gesetzliche Renten jedenfalls nicht.

Trotzdem: Zur Zeit ist der Börsentrend steigend. Also jubelt die

Aktienwelt: Versiebenfachung der Kurse seit 1980, wer oder was hält da mit? Niemand, nichts! Und also wirbt alles wie wild für Aktien. Kein Kontoberater bei der Sparkasse, der nicht den oder die Sparbuchbesitzer/in entgeistert anstarrt, der oder die ihm erklärt, er oder sie wolle das Sparbuch nicht in Aktien umwandeln. Diese Stimmung wird anhalten. Bis die Kurse wieder fallen. Denn so, wie die Kurse sind, werden sie nicht bleiben. Aktien dienen der billigen Geldbeschaffung für Aktiengesellschaften. Nicht der Bereicherung von Kleinaktionären. Sie werden überhaupt nur ausgegeben, wenn sie für die Aktiengesellschaft eine billigere Geldbeschaffung sind als jeder Bankkredit. Das hat es noch

nie gegeben, dass am Ende die Kleinaktionäre reich sind und die Aktiengesellschaft arm dran, weil sie hohe Dividenden an die Aktionäre zahlen muss, um weiter an Geld zu kommen.

Was steckt ökonomisch hinter den steigenden Aktienkursen? Vermutlich mehrere Faktoren. Erstens viel – und leider vermutlich berechnete – Spekulation auf enorme Renditen im China- und Asiengeschäft, in der Ausdehnung des imperialistischen Weltmarktes auf riesige, bis Ende der 70-er, ja der 80-er Jahre den imperialistischen Konzernen verschlossene Märkte. Allen voran China, dann Russland und andere RGW-Staaten. Bis zum Fall des RGW hatten sich die Aktienkurse gerade mal verdoppelt. Das ist nicht viel in zehn Jahren. Seitdem haben sie sich verdreifacht bis vervierfacht.

Zweitens Spekulation auf Renditen in neuen, hochmonopolisierten Branchen wie dem Internetkommerz. Wer hier ein Monopol besitzt, und darum drehen sich derzeit alle Gefechte in der Branche, der kann schon allein wegen der Verwandlung dieser früher exklusiven, auf wenige Nutzer begrenzten Technologie in eine allgemeine, gesellschaftlich verbreitete Form für Geschäfte in Zukunft enorme Renditen erwarten. Früher hätte man das Monopolrenten genannt. Wie im letzten Jahrhundert bei der Eisenbahn.

Drittens werden die Aktienkurse hochgetrieben durch den zunehmenden Abbau gesellschaftlicher Sicherungen, bei der Krankenversicherung wie bei der Rente. Das Scheitern von Clintons frühen Plänen zur Einführung einer gesetzlichen Krankenversicherung hat vermutlich ebenso zum Aktienboom beigetragen wie die deutsche Rentenreformdiskussion. Alles flüchtet in private Sicherheiten. Diese Privatversicherungen aber müssen Anlage finden, egal wo. Also entsteht eine fast unaufhaltsame Nachfrage nach Papieren, Rentenpapieren, Aktien usw. Steigende Nachfrage aber treibt den Aktienkurs – da mag ansonsten sich in den Fabriken abspielen, was will. Immer weiter steigende Nachfrage treibt einfach den Preis hoch. Jedenfalls ziemlich lange.

Was hat das alles mit Mannesmann und Vodafone, Johannes Rau, der „Fliegerkrise“ in NRW oder der Krise der CDU zu tun?

Zum einen dies: Vor 20 Jahren hätte es einen solchen Versuch der feindlichen Übernahme von Mannesmann einfach nicht gegeben. Zumal die Firma Mannesmann auch Besitzer der gesamten Technologie und der Fabriken zur Produktion des Kampfpanzers Leopard be-



sitzt. Man stelle sich vor: Der Brite kauft unseren Leo! Kauft eine Firma, die – bei der Einleitung des Röhrengeschäfts mit Russland – den Auftakt zur sog. „Entspannungspolitik“ nach Osten machte! Gegen alle damaligen Embargo-Forderungen anderer NATO-Mächte übrigens. Die Westdeutsche Landesbank hätte einen solchen Versuch der feindlichen Übernahme noch vor wenigen Jahren sofort gestoppt. Und auch die Mittel dafür gehabt. Heute hat sie die nicht mehr. Die politischen Apparate, die Methoden der Einflussbildung auf Seiten der Reichen in diesen Metropolen werden neu geordnet.

Deshalb ist der „Fall Mannesmann“ ein Anzeichen, dass sich wirklich etwas geändert hat – auf der Seite der großen Kapitaleigener. „Globalisierung“ ist nicht nur ein Schlagwort. Rau, NRW-Finanzminister Schleußer und Landesbank-Chef Neuber sind nicht nur biologisch alte Männer. Sie repräsentieren auch eine ökonomisch vergangene Zeit. Die jahrzehntelange Allianz, der „Filz“ von Landesregierung und Landesbank – „Wir in NRW“ hieß das unter Bruder Johannes Rau, auf kommunaler Ebene noch ergänzt durch entsprechende Allianzen zwischen Kommune und örtlicher Sparkasse – geht zu Ende. Die EU-Kommission berät schon über die Klagen privater Banken, die das Geschäft mit den Landes- oder Kommunal-Krediten und Steuermitteln nicht mehr den Sparkassen bzw. Landesbanken überlassen wollen.

Hinzu kommt: „Euroland“ ist Wirklichkeit geworden. Die imperialistische Metropole Europa, ja sogar die Weltwirtschaft gruppiert sich um. Das große imperialistische Eigentum ordnet sich neu.

Vor allem zentralisiert es sich in ungeheurem Tempo. Die großen US-Investmentbanken wie Morgan Stanley, Goldman Sachs, Merrill Lynch und andere, die diese Prozesse als – gut bezahlte – Beraterbanken begleiten, melden für 1999 Fusionen von Unternehmen, die zusammen auf Börsenwerte von 3.400 Milliarden Dollar kamen. Gegenüber dem Rekordjahr 1998 (2.900 Milliarden Dollar Fusionswerte) ist das ein Anstieg um noch einmal ca. 20 Prozent. In der marxistischen Theorie gilt eine beschleunigte Zentralisation von Kapital normalerweise als Vorbote kommender Krisen. Weil die Konzerne nicht mehr in die stoffliche Ausweitung ihrer Produktion, sondern in künstlich beschleunigte Zentralisation flüchten, um bei stagnierenden Märkten Monopolprofite zu erzielen. Man kann nur hoffen, dass die Theorie in diesem Fall irrt.

Auch im Fall Mannesmann-Vodafone geht es beiden Kontrahenten – und das bestreitet auch keiner der beiden Beteiligten Konzerngruppen – um Monopolprofite. Beide locken Aktionäre damit an, den besten Weg zum – regionalen, auf Europa konzentrierten, oder weltweiten – Monopol zu haben. Genauer gesagt: zum

Oligopol. Bei vier, fünf einen Markt beherrschenden Konzernen spricht die bürgerliche Theorie vom „Oligopol“. Was in der Sache wenig ändert. Denn auch die „Oligopolisten“ halten am Ende bei der Kundschaft, Lieferanten usw. unter Ausnutzung ihrer Marktmacht die Hand auf und kassieren. Und diese einträgliche Lage streben sowohl Mannesmann wie Vodafone gleichermaßen an.

Dass sich im Hintergrund dieses Gefechts, das derzeit die Börsen bewegt und die Aktionäre frohlocken lässt, wirklich etwas geändert hat, hat auch die Wirtschaftspresse längst bemerkt. Oder hofft



Widerstand gegen die freie Verfügung des Kapitals über die Arbeitskraft ist nötiger denn je: Demonstration von Bankangestellten am 6.5.99 in Frankfurt. Bild: res

sie zumindest. Jedenfalls schrieb im Berliner *Tagesspiegel*, einer Zeitung, die wie das *Handelsblatt* im Besitz der Holzbrinck-Familie ist, am 15. Januar ein Wirtschaftsredakteur unter der Überschrift „Aus Feinden werden Freunde“ hoffnungsfroh:

„So spannend war Wirtschaft noch nie. Es sollte noch viel mehr feindliche Übernahme-Angebote geben. Der Fall Mannesmann hat einen kollektiven Lernprozess ausgelöst. Wir beginnen, die Spielregeln der internationalen Märkte zu verstehen.“ Schließlich seien „feindliche Übernahmen“ nur für das Management der jeweiligen Firma „feindlich“. Dem Rest, der Öffentlichkeit und den Beschäftigten, könne die Frage „freundlich oder feindlich“ egal sein. Was zu der nächsten Konsequenz führt, auf die es dem Redakteur ankommt: „Die antikapitalistischen Fundamentalkritiker sind verstummt“.

Das spielt vor allem auf das Verhalten der IG Metall an, die – wg. Arbeitsplätzen und Mitbestimmung – zur Ablehnung der feindlichen Übernahme von Mannesmann aufgerufen hat und dabei erklärt hat, das Konzept des Mannesmann-Vorstands sei auch für „Aktionäre deutlich attraktiver“.

Der Redakteur – und die Leute, für die er schreibt – machen sich Hoffnungen auf eine Welt, in der es scheinbar ruppiger zugeht unter den Kapitalisten und in der sich als Reaktion darauf die Belegschaften brav und treu hinter ihrer Firma zusammenscharen – „wir“ von Mannesmann gegen „die“ von Vodafone. Das

werde, so seine Hoffnung, alle antikapitalistische Kritik, alle Solidarität zwischen den Lohnabhängigen zum Verstummen bringen. Bedingungslose Konzern-Gefolgschaften, wo Eigner, Management und Belegschaft gemeinsam auf den Aktienwert der Firma achten, um „feindliche Übernahmen“ zu verhindern, ist das Ideal, das dem Mann und anderen Anhängern der „Globalisierung“ vorschwebt.

Zum Glück klappt das nicht ganz. Sonst würden die Konzernbelegschaften zum Beispiel auch gegen die Entschädigung von NS-Zwangsarbeitern Front

machen, die – wenn sie je gezahlt wird – den Firmenwert mindert. Diese Frontstellung aber geht die IG Metall nicht ein, das tun auch die Belegschaften vieler Firmen nicht. Die bedingungslose Verpflichtung auf Inhumanität und Konkurrenzschlachten bis aufs Messer ist nicht wirklich populär. In Wirklichkeit würden sich noch immer viele Menschen von Herzen freuen, wenn die Aktienkurse mal wieder so richtig einkrachen. Zumal nur ein knappes Siebtel der Bevölkerung wirklich – direkt oder indirekt – Aktien besitzt. Sechs Siebtel haben keine. Diese sechs Siebtel haben recht. Sie spüren die enorme soziale Polarisierung der Gesellschaft, die dem Aktienboom zugrunde liegt, und suchen nach Mitteln zur Gegenwehr.

Gewerkschaftliche Solidarität über Konzerngrenzen und über Staatsgrenzen hinweg ist eines der Gegenmittel. Diese Solidarität zu bestärken, zum Beispiel durch Gesetze, die die freie Verfügung der Kapitalisten über die Arbeitskraft der Lohnabhängigen wieder einschränken, beim Ladenschluss, bei der Nacht- und Schichtarbeit, der Sonntagsarbeit, bei den Lenkzeiten im Fernverkehr wie bei den Billigstlöhnen im Seeverkehr, also dort, wo unerträgliche Arbeitsbedingungen beim Warentransport die „Globalisierung“ der Produktion erst ermöglicht haben, diese Solidarität auch gegen das ideologische Trommelfeuer der „Standort-“ und „Angebots“-Propheten wieder neu zu begründen, ist eine der Aufgaben, vor der nicht nur die Gewerkschaften stehen. rül

Rüstungsexport-Richtlinien ändern wenig

Der Bundesausschuss Friedensratschlag ist sehr enttäuscht über die am 19. Januar von der Bundesregierung verabschiedeten neuen politischen Richtlinien zur Ausfuhr von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern. Nach den langen Beratungen und vor allem nach dem in der Öffentlichkeit heftig kritisierten Beschluss des Bundessicherheitsrats vom vergangenen Oktober, einen Testpanzer in die Türkei zu liefern, hätte man sich klarere Bestimmungen zum Verbot von Rüstungsexporten gewünscht.

Zustimmung

Dennoch: Es gibt Verbesserungen gegenüber der bisherigen Handhabung von Rüstungsexporten. Zu begrüßen ist beispielsweise das Versprechen, jährlich einen „Rüstungsexportbericht“ zu veröffentlichen, in dem die von der Bundesregierung erteilten Exportgenehmigungen „aufgeschlüsselt“ werden. Positiv zu bewerten ist auch der Hinweis darauf, dass bei Entscheidungen über Rüstungsexporte geprüft werden müsse, „ob die nachhaltige Entwicklung des Empfängerlandes durch unverhältnismäßige Rüstungsausgaben ernsthaft beeinträchtigt wird.“ (Ziff. III.7) Ein interessanter Ansatz liegt auch darin, den Endverbleib von exportierten Rüstungsgütern zu kontrollieren. Die Bundesregierung behält sich vor, auf Exporte zu verzichten, wenn das Empfängerland nicht bereit ist, schriftliche Endverbleibsregeln zu vereinbaren. Schließlich verdient die Formulierung Beachtung, dass „beschäftigungspolitische Gründe“ bei Fragen des Rüstungsexports „keine ausschlaggebende Rolle spielen“ dürfen.

Kritik

Zu kritisieren ist dagegen generell das Festhalten am Prinzip, dass Rüstungsexporte in NATO-Länder, in EU-Staaten und in „NATO-gleichgestellte Länder“ grundsätzlich nicht eingeschränkt werden sollen. (Ziff. II.1) Das, was nach friedenspolitischen Grundsätzen eigentlich oberste Maxime sein müsste, dass nämlich Rüstungsexporte die Ausnahme sein sollen, wird in sein Gegenteil verkehrt. Damit knüpft die Bundesregierung umstandslos an die langjährige Praxis ihrer Vorgängerregierungen und an das oberste Prinzip des Außenwirtschaftsgesetzes an, wonach der Warenexport zu fördern sei (§ 3 Abs. 1 AWG).

Zu kritisieren ist auch der mehrmalige Hinweis darauf, dass sich Waffenhandel und Rüstungsexport „an den Sicherheitsinteressen der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen des Bündnisses und der EU zu orientieren“ habe. (Ziff. II.1) Dieser Satz, und nicht der Bezug auf die Menschenrechte, ist der Kern der neuen Export-Richtlinie.

Zu kritisieren ist ferner, dass die Erwähnung der Menschenrechte – die im Übrigen schon im „Verhaltenskodex“ der EU von 1998 enthalten war – nur von sehr eingeschränkter Bedeutung bleibt. Das „besondere Gewicht“, das die Menschenrechtssituation erhalten soll, erschöpft sich auch in den einleitenden „allgemeinen Prinzipien“ darauf, dass Rüstungsexporte dann nicht genehmigt werden, wenn „hinreichender Verdacht besteht, dass diese zur internen Repression“ missbraucht werden (Ziffer I.3). Mit anderen Worten: Nicht die Menschenrechtssituation in einem Land ist der Hinderungsgrund für Rüstungsexporte, sondern die Verwendung der zu exportierenden Waffen zur Unterdrückung im Empfängerland. Auch künftig wird es also darauf ankommen, etwa im Fall der Türkei, konkret nachzuweisen, dass deutsche Panzer zur Verfolgung von Kurden verwendet werden. Wird dieser Nachweis nicht erbracht, kann also geliefert werden.

Kritisch zu bewerten ist auch, dass die Bundesregierung an der alten Praxis festhält, beim Rüstungsexport nicht nur NATO-Länder, sondern auch die nicht der NATO angehörigen EU-Staaten sowie andere „NATO-gleichgestellte Länder“ bevorzugt zu behandeln. Um welche Staaten es sich dabei handelt, geht aus den Fußnoten hervor. Bisher gehörten zu den „NATO-gleichgestellten“ Ländern z.B. auch die südostasiatischen ASEAN-Staaten, wozu u.a. auch Indonesien gehört, das bislang auf der Liste der Empfängerstaaten deutscher U-Boote, Fregatten und anderer Waffen ganz oben stand. Die ASEAN-Staaten tauchen in der Liste nicht mehr auf, so dass nur noch die OECD-Länder übrig bleiben. Zu den OECD-Ländern gehören inzwischen neben einigen mittel-ost-europäischen Staaten (z.B. Polen, Ungarn, die Tschechische Republik) auch Mexiko und Südkorea. Für Rüstungsexporte in all diese Länder kann eine Beschränkung nur „aus besonderen politischen Gründen in Einzelfällen“ geltend gemacht werden. Solche politischen Gründe können vorliegen, wenn beispielsweise die

Empfängerländer in bewaffnete Auseinandersetzungen verwickelt sind oder wenn solche Auseinandersetzungen drohen. Ein Grund kann auch vorliegen, wenn ein „hinreichender Verdacht“ besteht, dass die Exporte zur „internen Repression“ oder „zu sonstigen fortdauernden und systematischen Menschenrechtsverletzungen missbraucht werden“.

Gar keine Aussagen trifft die neue Richtlinie zu den sog. Dual-use-Gütern, das sind Güter, die sowohl für zivile als auch für militärische Zwecke Verwendung finden können. Nach übereinstimmender Meinung der damit befassten Friedensforscher/innen müsste gerade diese Grauzone des Exports ins Visier der Kontrolleure genommen werden, weil solche Waren in den letzten Jahren immer größeres Gewicht bekommen haben.

Zusammenfassung:

Zusammenfassend muss festgehalten werden, dass die neuen Exportrichtlinien längst nicht das halten, was sich manche versprochen haben. Für NATO-Staaten und „NATO-gleichgestellte Länder“ gilt nach wie vor der Grundsatz: Rüstungsexporte sind selbstverständlich, Ausnahmen sind nur in begründeten Einzelfällen denkbar. Für alle anderen Staaten gilt: Rüstungsexporte in diese Länder sind „restriktiv“ zu handhaben. Mögliche Gründe für einen Export werden aber zahlreich benannt. So ist also zu befürchten, dass auch hinsichtlich dieser Länder eine Verweigerung von Waffenexporten die Ausnahme bleiben wird. Wegen der vielen Schlupflöcher, die die Richtlinie lässt, wird die Verankerung des „Menschenrechtskriteriums“ kaum zu einer Änderung der bisherigen großzügigen Praxis führen. Es sei denn, der Druck aus der Friedens- und Menschenrechtsbewegung auf die Bundesregierung wird stärker. Eine wichtige Bewährungsprobe wird die Lieferung von 1 000 Leopard-II-Panzern an die Türkei sein.

Für den Bundesausschuss Friedensratschlag: Dr. Peter Strutynski

Bundesinnenminister Schily erteilt der Türkei einen Freibrief in Sachen Menschenrechte

Wie jetzt aus einer Antwort auf eine Anfrage der PDS-Fraktion bekannt wurde, setzt das Bundesinnenministerium das seinerzeit von Kanther und seinem türkischen Kollegen aufgenommene Konsultationsverfahren fort, bei dem die Türkei auf Anfrage behauptet, abgeschobene kurdische Asylbewerber nicht zu verfolgen. Dabei schreckt Schily nicht davor zurück, der Türkei in Sachen Menschenrechte einen Freibrief

auszustellen. In der Antwort auf die PDS-Anfrage teilt das Innenministerium – wider besseres Wissen – mit: „Die Türkei hat u.a. die Europäische Menschenrechtskonvention unterzeichnet und ist bereits aufgrund dieser Vereinbarung international und völkerrechtlich verbindlich verpflichtet, die Menschenrechte im eigenen Lande einzuhalten. Die Bundesregierung hat aufgrund der bisherigen Erfahrungen keine Veranlassung, an der Bereitschaft der türkischen Seite zu zweifeln, das mit dem deutsch-türkischen Briefwechsel verabredete Verfahren korrekt durchzuführen.“

Quelle: Presseerklärung von Pro Asyl

Kongress für den Atomausstieg

Am 22.1.2000 fand in Kiel der Kongress der Organisation „Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges, Ärzte in sozialer Verantwortung (IPPNW)“ statt. Unter dem Motto „Schützt uns – nicht die Atomkraft“ stellten Wissenschaftler ihre Erkenntnisse an internationalen Schwerpunkten der Atomindustrie sowie zur aktuellen politischen Debatte dar.

Der alltägliche Wahnsinn der Wiederaufbereitungsanlagen

Martin Forwood berichtete von der verheerenden radioaktiven Verseuchung in der Umgebung der englischen Wiederaufbereitungsanlage in Sellafield. Insbesondere über die Einleitung von radioaktiv verstrahltem Abwasser in die Irische See hat sich eine nachhaltige Belastung der Bevölkerung ergeben. Über Fische, Schalentiere sowie Düngung der Felder mit Algen hat sich die Radioaktivität in die Nahrungskette eingeschlichen. Das Ergebnis ist u.a. die deutlich gestiegene Rate von Leukämie bei Kindern. Wissenschaftler konnten die eindeutige Abhängigkeit nachweisen, die zwischen der Strahlendosis besteht, der die Väter vor der Zeugung in der Wiederaufbereitungsanlage ausgesetzt waren und der erhöhten Wahrscheinlichkeit, dass die Kinder infolge der Schädigung des Samens an Leukämie erkrankten.

In Sellafield lagern mittlerweile 60 Tonnen radioaktiver Müll, ohne dass in Grossbritannien – wie in allen anderen Ländern – ein Endlager in Aussicht ist. Dennoch schickt die deutsche Atomindustrie nach wie vor Brennstäbe zur Wiederaufarbeitung nach Sellafield. Und das mit Duldung der Bundesregierung, die in ihrem Bestreben nach Konsens mit der Atomindustrie bisher keine Schritte gegen die Wiederaufarbeitung unternommen hat.

Veit Bürger (Greenpeace) verwies in seinem Bericht über die französische Wiederaufbereitungsanlage in La Hague darauf, dass der juristische Grund für die Fortsetzung der Transporte zu den Wiederaufbereitungsanlagen darin liegt, dass das deutsche Atomgesetz den Betrieb von Atomkraftwerken davon abhängig macht, dass die Beseitigung oder die Verwertung von Atommüll gesichert ist. Das Atomgesetz erkennt die Wiederaufarbeitung unverantwortlicher Weise als „schadlose Verwertung“ an.

Auch in La Hague stellt neben der radioaktiven Belastung der Umgebung, insbesondere des Kanals, die Lagerung

immer grösserer Mengen radioaktiven Mülls ein riesiges Problem dar. Neben Atommüll lagert in La Hague eine zunehmende Menge Plutonium, das bei der Wiederaufarbeitung von abgebrannten Brennstäben anfällt. Unter zunehmendem Kostendruck infolge Liberalisierung des Energiemarktes lassen sich die teureren Plutonium-versetzten MOX-Brennelemente (Mischoxid) schwerer absetzen, die Plutonium-verwendende Schnelle-Brüter-Technologie ist gescheitert bzw. wurde verhindert. Daher kommt es zu einer zunehmenden Lagerung dieses extrem gefährlichen Stoffes mit einer Halbwertszeit von über 25 000 Jahren, der zudem den Grundstoff für den Bau von Atombomben darstellt.

Lehren aus Tschernobyl

Prof. Edmund Lengfelder berichtete von seinen umfangreichen Erfahrungen aus der internationalen medizinischen Hilfe nach dem Reaktor-Unfall in Tschernobyl vom 26.4.1986. Wissenschaftler, die nicht mit der Verharmlosung beauftragt

technischen Störungen, vorrangiger Stromproduktion oder menschlichem Versagen von Atomanlagen ausgehen.

Dr. Rainer Stephan verwies darauf, dass ein Reaktorunfall in Deutschland noch viel schwerwiegendere Folgen hätte, da deutsche Atomreaktoren sehr viel mehr Energie produzieren, sehr viel mehr radioaktives Material enthalten und die Bevölkerungsdichte in Deutschland zehnmal größer ist als in Weissrussland. Es gibt zwar Katastrophenschutzpläne in Deutschland, diese stünden jedoch nur auf dem Papier. Es seien noch nicht einmal in der näheren Umgebung von Atomreaktoren Jodtabletten für den Katastrophenfall verteilt (wie z.B. in Frankreich oder der Schweiz geschehen), obwohl dies gesetzlich vorgeschrieben ist. Die Ausgabe scheitert angeblich an einer Rechtsverordnung des Bundesjustizministeriums, damit Probleme der Apothekenpflichtigkeit und des Verfalldatums (!) geklärt werden könnten. Es ist zu vermuten, dass Atomindustrie und ihre politischen Helfershelfer keine Diskussion

in der Bevölkerung anstossen möchten, dass Reaktorunfälle überall und jederzeit eine reale Gefahr darstellen. Bereits Untersuchungen von 1992 ergaben, dass eine Evakuierung z.B. Hamburgs, das ja von 4 Atomreaktoren umzingelt wurde, nicht realisierbar ist. Dazu das *Hamburger Abendblatt* vom 21.9.1992: „Keine Chance für Hamburg. Was würde in Hamburg passieren, wenn es in den Atomkraftwerken Krümmel oder Stade zu einem Unfall käme? Die erschreckende Antwort: Die Hansestadt wäre den Strahlen hilflos ausgeliefert. Genauso schutzlos wäre Hamburg, wenn bei einem der rund 100

Atomtransporte jährlich durch die Stadt Radioaktivität frei würde. Denn eine Großstadt kann nicht evakuiert werden.“ Die Teilnehmer des Kongresses waren sich einig, dass letztlich keine Katastrophenschutzpläne und Jodtabletten das Problem lösen könnten, sondern nur der sofortige Ausstieg aus der Atomtechnologie.

Geld oder Leben?

Den Abschluss des Kongresses bildete eine Podiumsdiskussion, an der neben Experten des IPPNW auch Politprominenz teilnahm: Jürgen Trittin (Bundesumweltminister), Claus Möller (Minister für Finanzen und Energie in Schleswig-Holstein) und Ulrike Mehl (umweltpolitische Fraktionssprecherin der SPD im Bundestag). Jürgen Trittin führte aus, dass er eine Nutzungsbefristung für



Castor-Blockade. Bild: Peter Bisping

wurden, gehen heute von etwa 50 000 Strahlen-Toten aus, die unmittelbar durch die Katastrophen-Bekämpfung ums Leben kamen. 400 000 Menschen mussten in Weissrussland aus einer Fläche von 7 000 Quadratkilometern ausgesiedelt werden. Es mussten Sperrzonen und Zonen strikter Kontrolle von bis zu 130 km Entfernung vom Reaktor-gelände eingerichtet werden. Seit 1986 ist es in der weiteren Umgebung von Tschernobyl zu einem drastischen Anstieg u.a. von Leukämie, Schilddrüsenkrebs und Totgeburten gekommen. Die vielen schweren Reaktor-Unfälle in Deutschland (z.B. 1978 in Brunsbüttel, wo 145 Tonnen radioaktiv verseuchter Dampf entwich) sowie am 30.9.1999 im japanischen Brennelementewerk Tokaimura belegen die akute Gefahr, die z.B. aufgrund von Konstruktionsmängeln,

Atomkraftwerke für zwingend erforderlich halte, da die Gesundheit der Menschen durch Atomkraft-Unfälle sowie auch bereits durch den normalen Betrieb von AKW gefährdet und die Problematik der Lagerung von Atom Müll ungeklärt sei. Juristen hätten die Bundesregierung überzeugt, dass eine Befristung der Nutzung von AKW unter 25 Jahren ohne Entschädigungen offensichtlich verfassungswidrig sei. Um eine grösstmögliche Sicherheit gegen Entschädigungsansprüche durch die Konzerne zu erhalten, habe sich die Bundesregierung entschlossen, im Konsens mit der Atomindustrie über eine Änderung des Atomgesetzes eine Befristung der Betriebserlaubnis von AKW auf 30 Jahren zu erreichen. Claus Möller pflichtete dem bei und verwies darauf, dass das einstige Versprechen der SPD in Schleswig-Holstein, binnen 10 Jahren aus der Atomenergie auszusteigen, auf dem Verwaltungsweg juristisch gescheitert und es daher bei der Politik der Nadelstiche (vorübergehendes Abschalten aus Sicherheitsgründen) geblieben sei. Ein von den Grünen auf dem Kongress verteiltes Flugblatt rechnete vor, wann die einzelnen AKW (nach 30 Jahren seit Inbetriebnahme) abgeschaltet werden müssten, z.B.

Stade	im Jahr	2002
Brunsbüttel		2006
Krömmel		2013
Brokdorf		2017
Neckarwestheim 2		2019

In dieser Darstellung ist verharmlosend weder die von der Bundesregierung beschlossene dreijährige Übergangsfrist noch die als Kompromiss angedachte Vergabe von „Atomstrom-Zertifikaten“ – Alt-AKW können früher, andere AKW noch später stillgelegt werden – berücksichtigt.

Bundesumweltminister Trittin sprach sich zur Minimierung der Atom Müll-Transporte für ein Konzept der dezentralen Zwischenlagerung aus. Die illegale Zwischenlagerung von deutschem Atom Müll in den Wiederaufarbeitungsanlagen in Frankreich und England sei zu beenden und der entsprechende Atom Müll nach Gorleben zurückzuholen. Er machte das vom beschlossenen Ausstieg aus der Atomenergie abhängig und sah darin kein Präjudiz für ein Endlager Gorleben.

Diskussionsteilnehmer widersprachen der juristischen Auffassung und verwiesen darauf, dass es die Bundesregierung seit Amtsantritt versäumt habe, das Atomgesetz zu verändern im Sinne von Ausstiegsgesetz und Bürgerbeteiligung. Als entscheidend stellten Diskussionsteilnehmer jedoch heraus, dass sich die Bundesregierung offensichtlich lieber auf erneute Kompromisse mit der Atomindustrie einlasse („Konsens“), anstatt die Bevölkerung gegen die anhaltende Gefährdung durch Atomkraft zu mobilisieren.

Wolfgang Erdmann

Neue Ostmark Österreich?

FPÖ vor Regierungsbeteiligung

Am Tag nach der österreichischen Nationalratswahl 1999 skizzierte die einflussreiche *Presse* das Programm, das die zukünftige Regierung nach Auffassung der Unternehmerverbände zu bewältigen habe, wie folgt: „... sofort bräuchte es ein kleineres Sparpaket ... mittelfristig eine tiefgreifende Pensionsreform ... schon im nächsten Jahr eine Antwort auf die großen sicherheitspolitischen Entscheidungen EU-Europas ... die Beschneidung der Wirtschafts-, Kultur- und insbesondere AMS-Subventionen ... dringend weitere Privatisierungen bei Industrie und Medien sowie eine Beschneidung des teuren Föderalismus und im Arbeitsrecht.“

Die verschiedenen Strömungen der Linken werfen der SPÖ vor, dass sie durch ihre Politik der letzten Jahre maßgeblich das Feld für die drohende ÖVP/FPÖ-Koalition bereitet hat. So heißt es in einer Resolution des Gewerkschaftlichen Linksblocks – die verschiedenen politischen Strömungen organisieren sich im Österreichischen Gewerkschaftsbund als Fraktionen – vom 29.1.: „Nach 30 Jahren als führende Regierungspartei hat sich die SPÖ nach der Nationalratswahl 1999 in eine strategische Sackgasse manövriert und wird nun von einer blau-schwarzen Regierung abgelöst. (...) Die gerade von der SPÖ als Schreckgespenst beschworene ‚3. Republik‘ wurde maßgeblich bereits durch ihre eigene Regierungstätigkeit in der Zeit der großen Koalition seit 1986 verwirklicht, indem die elementaren Grundlagen der 2. Republik wie Verstaatlichte und Neutralität bewusst eliminiert wurden und auch die hochgerühmte Sozialpartnerschaft einen massiven Zersetzungsprozess erfahren hat. Der Neoliberalismus ist zum Grundkonsens des heutigen Österreich geworden. Das verbale Getöse zwischen SPÖ, ÖVP und FPÖ soll verdecken, dass sich diese drei Parteien inhaltlich soweit angenähert haben, dass sie fast beliebig austauschbar sind.“

Das erklärt indes nicht, warum die Koalitionsverhandlungen zwischen SPÖ und ÖVP scheiterten – man hatte sich ja bereits auf zentrale Punkte eines Regierungsprogramms geeinigt, so auf Beschneidung der Rentenansprüche, Kürzung des Arbeitslosengeldes u.ä.m. – und warum die Konservativen so stark auf eine Koalition mit der Haider-FPÖ hindeuten. Die Koalitionsverhandlungen zwischen SPÖ und ÖVP scheiterten nicht zuletzt daran, dass die ÖVP den Nato-Beitritt zur Bedingungen erhoben hatte. Zwar war ihr die SPÖ, die die „immerwährende Neutralität“ im Wahlkampf noch zu einem Schlüsselthema gemacht hatte, schon weit entgegengekommen: In ihren letzten Strategiepapieren

war von Neutralität nichts mehr zu lesen. Weiter aber mochte die SPÖ (noch?) nicht gehen. Deshalb war klar, dass diese Frage in den Verhandlungen der ÖVP mit der FPÖ eine große Bedeutung haben würden, um so mehr, als letztere seit eh und je auf den Nato-Beitritt dringt.

Am 31.1. einigten sich beide auf einen großen Komplex, der unter dem Stichwort „Für mehr Sicherheit“ abgehandelt wurde und bei dem es um die Militarisierung der Außen- und die Aufrüstung der Innenpolitik geht. In einem Interview mit dem *Deutschlandfunk* erklärte der FPÖ-Verhandlungsführer, in dieser Frage könne man derzeit nicht, wie man wolle, da der Nato-Beitritt eine Verfassungsänderung mit einer 2/3-Mehrheit, d.h. eine Zustimmung der SPÖ benötige. Trotzdem leitet das ÖVP/FPÖ-Bündnis eine entscheidende Wende zur Aufhebung der Neutralität ein: Noch unter der französischen Präsidentschaft wird die „Verwirklichung der ‚europäischen Beistandsgarantie‘“ (Presseerklärung der ÖVP vom 31.1.) angestrebt, das heißt: Österreich will sich an der jüngst beschlossenen Militarisierung der EU (s. PB 26/99) aktiv beteiligen. Da die letzte österreichische Regierung diese EU-Politik de facto weitgehend mittrug, werde die Zustimmung der SPÖ dafür – und auch für die so begründete Verfassungsänderung – leichter zu haben sein, rechnet man sich aus.

Auch in Sachen „Innere Sicherheit“ wird nicht einfach nur die alte Politik fortgesetzt werden. „Integration vor Zuwanderung“ lautet die Formel, auf die sich FPÖ und ÖVP geeinigt haben. So ähnlich liest sich das auch im Wahlprogramm der FPÖ. Ihr Schwerpunkt ist eine Politik der „Inneren Sicherheit“, die sich als Lösung der „Ausländerproblematik“ versteht und diese „Lösung“ durch Einwanderungsstopp, Zwangsassimilation Weniger und brutale Stigmatisierung und Aussonderung der Flüchtlinge und großen Mehrheit der Migranten, also der Nicht-Assimilierten betreibt. Die ÖVP, Schwesterpartei der CDU/CSU, hat dem programmatisch und praktisch nichts entgegenzusetzen.

Eine solche Politik der „Festung Österreich“ hat eine klare Stoßrichtung gegen die östlichen Nachbarn, gegen die „Balkanvölker“, die jahrhundertlang von Österreich unterjocht wurden. Sie muss zu großer Unruhe und Besorgnis und zu einer Störung der Beziehungen der östlichen Beitrittskandidaten nicht nur zum EU-Mitglied Österreich, sondern womöglich zur EU führen. Das dürfte auch ein Grund dafür sein, dass die EU trotz versprochener Beihilfe zur Militarisierung schroff auf die mögliche Regierungsbeteiligung der FPÖ reagierte und sogar das Einfrieren der Beziehungen androhte. Die Richtlinien für den Umgang mit den Beitrittskandidaten werden nämlich, darauf legt man Wert, nicht in Wien, sondern in Brüssel, Berlin, Paris, London ... aufgestellt. scc

Chronik eines Volksaufstands

Von Ramon Vera und Andres Canizales

(Quito, 24. Januar 2000, Poonal)- Für einige Stunden sah es vergangenes Wochenende so aus, als würden Indigenas zusammen mit Gewerkschaften und dem Militär die Macht in Ecuador übernehmen. Der Rückzieher von Verteidigungsminister Mendoza wenig später und die anschließende Einsetzung des bisherigen Vizepräsidenten Gustavo Noboa zum Staatsherrn wurden vom Dachverband der Indigena-Organisationen (CONAIE), die maßgeblich am Sturz des Regierungspräsidenten Jamil Mahuad beteiligt waren, als „Verrat“ bezeichnet.

Nach einer zweiwöchigen Streik- und Protestwelle umstellen und blockieren am Donnerstag Nachmittag mehrere tausend Indigenas, Gewerkschafter und Vertreter von Stadtteilorganisationen trotz großem Polizeiaufgebot den Sitz des Nationalkongresses in der Hauptstadt Quito.

Am Freitag Morgen überspringen die Indigenas die provisorisch errichteten Abzäunungen aus Stacheldraht und dringen zum Parlament vor. Die Sicherheitskräfte schreiten nicht ein. Polizeikapitän Cesar Diaz erklärt: „Ich bin sehr bewegt und stehe auf der Seite dieser Volkserhebung. Denn wir erfahren ebenfalls Armut und Verachtung.“ Gegen halb elf schaffen es die Aufständischen, den Justizpalast, das Energieministerium sowie den Rechnungshof zu stürmen. Auf dem Dach des Kongressgebäudes weht neben der ecuadorianischen Fahne die „huipala“, eine Regenbogenflagge und Symbol der Indigena-Völker Ecuadors. Die Menschen rufen im Chor: „Wir haben keine Lust mehr, eine nordamerikanische Kolonie zu sein.“

Um 11 Uhr tagt im Kongressgebäude erstmals das „Nationalparlament des Volkes“ mit 44 Delegierten aus den 22 Provinzen des Landes, die der Welt die Ernennung einer „Junta zur Nationalen Rettung“ verkünden. Unter dem anerschwellenden Applaus der Anwesenden werden der Oberst Lucio Gutierrez zum „Präsident des Volkes“, Antonio Vargas – Vorsitzende der CONAIE – zum Präsidenten des Volksparlamentes, und Verfassungsrichter Carlos Solorzano zum Vorsitzenden des Obersten Gerichtshofes, ernannt. Die drei Mitglieder der Übergangsregierung geben eine Zehn-Punkte-Erklärung ab. Dazu gehört neben tiefgreifenden sozialen und wirtschaftlichen Reformen auch der „ständi-

ge multikulturelle Dialog in einem multiethnischen Staat“ sowie die Ablehnung der US-Militärbasis in der Hafenstadt Manta.

Gegen Mittag verbreitet sich wie ein Lauffeuer die Nachricht, dass sich eine Gruppe Militärs mittleren Ranges an die Spitze der Volksbewegung gesetzt hat und diese bedingungslos unterstützt. Die Abgeordneten der Partei der Demokratischen Linken treten zurück.

Um 13 Uhr gibt Verteidigungsminister General Carlos Mendoza öffentlich bekannt: „Die Streitkräfte und die Nationalpolizei fordern den Präsidenten der Republik geschlossen auf, eine dringende verfassungsmäßige Entscheidung zu treffen. Außerdem ermahnt die Militär- und Polizeiführung ihr Personal sowie die Indigena- und Klassenbewegung, Aktionen zu unterlassen, die die Suche nach verfassungsmäßigen Maßnahmen zugunsten der Forderungen des Volkes erschweren.“

Um 14 Uhr tagen im Kongress mehrere tausend Menschen. Ein junger Indigena spricht auf die schreiende Menge ein: „Heute haben wir das Mandat des Präsidenten widerrufen.“ Plötzlich tauchen zwischen den tosenden Menschenmassen einige Heeresoffiziere auf. Doch sie gehen nicht gegen die Leute vor, sondern mischen sich unter sie und machen sich mit ihnen in Richtung Parlament auf. „Es leben die aufrichtigen Militärs“ rufen die Menschen. Wieder verbreitet sich ein Gerücht unter den Leuten: „Die Militärführung hat mit Mahuad gesprochen, sie werden eine Erklärung abgeben.“

Um 15 Uhr erklärt General Mendoza nach einem Gespräch mit Mahuad: „Wir haben dem Präsidenten der Republik gesagt, dass wir ihm die Unterstützung der Streitkräfte entzogen haben und ihm empfohlen, zurückzutreten.“ Das ist das Zeichen für die Menge, auf den Regierungspalast zuzustürzen. Niemand hindert sie daran. Angespannt nähern sich die Menschen dem Parlamentsgebäude. Als sie die Zufahrtsstraße kreuzen, ist der erste Ring von Polizisten sichtbar. Die Leute schreien die Polizisten an. Einige Militärs tauchen mit schweren Waffen auf. Eine Sekunde vor der ersten Salve von Tränengasgranaten laufen die Menschen weg. Nachdem es wieder ruhig ist, dringen sie erneut vor. Nochmals dröhnen sechs Granaten, als sie an den Steinwänden aufschlagen. Die Auseinandersetzungen dauern den ganzen Nachmittag an, doch der Weg zum Parlament bleibt versperrt. Mahuad will nicht zurücktreten. Rundfunk und Fernsehen sprechen bereits von einem Militärputsch. „Dann sollen sie die Macht durch Gewalt haben“, wird Mahuad zitiert.

Gegen 18 Uhr ist durchgesickert, dass Mahuad den Regierungspalast verlassen hat und aus Quito geflüchtet ist. Oberst Lucio Gutierrez ruft die Bevölkerung der Hauptstadt auf, „in Richtung Regierungspalast zu gehen und den Volkswillen zu zeigen“. Tausende Hauptstadtbewoh-

ner sowie die aus den Provinzen Gekommenen schließen sich an und nähern sich erneut dem Regierungsgebäude. An der Spitze fährt ein Auto mit bewaffneten Soldaten, die der neuen Junta treu sind. An der Bannmeile angekommen, ziehen sich die Polizisten und Soldaten zurück, die nachmittags den Weg nicht freigeben wollten. In Minutenschnelle füllt sich der Platz. Die Menschen rufen „Ecuador, Ecuador. Gutierrez, Gutierrez.“

Im Inneren des Regierungspalastes beraten die Aufständischen mit General Mendoza. Kurz vor Mitternacht wird die neue Regierung ausgerufen, der allerdings eigenartigerweise nun Mendoza anstelle des Oberst Gutierrez angehört. Jubel auf den Straßen. Doch die Freude dauerte nur wenige Stunden. Um drei Uhr am Samstagmorgen erklärt Mendoza seinen Rücktritt und um sieben Uhr erklärt sich Noboa zum neuen Staatsherrn. Um acht Uhr wird Gutierrez verhaftet, die Indigenas ziehen sich in den nach wie vor besetzten Nationalkongress zurück. Noch am gleichen Tag wird der 62-jährige Anwalt Noboa im Verteidigungsministerium vereidigt.

Dieses Detail zeigt deutlich die Unterstützung durch die Militärführung, die das „Parlament des Volkes“ letztendlich nicht anerkannte und den Volksaufstand instrumentalisierte, um den laut jüngsten Umfragen von 89% der Bevölkerung abgelehnten Mahuad abzusetzen, aber mit Noboa die „demokratische Kontinuität und die Respektierung der Verfassung zu wahren“. Was damit gemeint ist, kündigte dieser auch gleich an: die Fortsetzung der Wirtschaftspolitik Mahuads, d.h. das weitere Festhalten an der Einführung des US-Dollar als Landeswährung sowie dem Privatisierungskurs, was mit einem explosiven Anstieg der Lebenshaltungskosten und der Arbeitslosigkeit verbunden ist.

Während des kurzen „rebellischen Wochenendes“ berichteten die Medien einhellig von der „Katastrophe für die Demokratie“, die der Umsturz bedeute. Cesar Gaviria, Chef der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) und Alberto Fujimori, Präsident des Nachbarlandes Peru, drohten schon am Freitag Abend mit einer militärischen Intervention in Ecuador, falls „die Revolution sich halten würde“. Ein Fehler der Indigena-Organisationen und anderen Aufständischen war es, nicht wenigstens einen Fernsehkanal besetzt zu haben, um eine breit getragene Gegenöffentlichkeit zu schaffen. Die Indigena-Organisationen – 30% der ecuadorianischen Bevölkerung verstehen sich als indianisch – sprechen nun von „Verrat“ durch die Militärs. „Die Ureinwohner Ecuadors werden Noboa niemals anerkennen“, erklärte CONAIE-Präsident Vargas und kündigte weitere Proteste an, solange die neue Regierung „nicht die gravierenden sozialen und wirtschaftlichen Probleme des Landes in Angriff“ nehme. (leicht gekürzt - Red.)

Demo gegen Weltwirtschafts- forum in Davos



Rund 2000 Menschen aus verschiedenen Ländern haben am Wochenende gegen die versammelte Herrschau der Globalisierungsstrategen in Davos demonstriert. Trotz kräftigem Polizeiaufkommen, die ein zweites Seattle verhindern sollten, konnte weltweit gemacht werden, dass die Globalisierungsgewinner nicht in Ruhe ihre Schäfchen zählen können.

Russland: Dringender Aufruf

Militante russische ArbeiterInnen demonstrieren gegen den Krieg in Tschetschenien! Eure Unterstützung wird jetzt gebraucht!

Mitte Februar wird die erste Kundgebung russischer ArbeiterInnen gegen den Krieg in Tschetschenien auf der Grundlage „Stoppt den Krieg gegen Tschetschenien“ stattfinden. Die OrganisatorInnen kennen genau die Gefahren des Ultranationalismus, der den Arbeiterkampf gegen die reichen Bosse spaltet. Im Organisationskollektiv ist die Zashita Trade Union – die einzige militante Gewerkschaft in Russland – und andere Arbeiterorganisationen, die die militanten Kämpfe der letzten zwei Jahre unterstützt haben (die erfolgreiche Besetzung in Yasnogorsk (Tula); den Kampf in Astrakhan im letzten Jahr, wo die ArbeiterInnen die Hauptstraße blockierten, bis ihnen die Fortführung der Firma versprochen wurde; den „Eisenbahnkrieg“ von 1998, wo unbezahlte BergarbeiterInnen die Hauptlinien der Eisenbahn blockierten; und vor kurzem der Kusbass Chernigovets-Berargarbeiterstreik und in der Vyborg-Papierfabrik, wo zwei Arbeiter von der Polizei erschossen wurden). Die Antikriegsbewegung braucht eine breite Front einschließlich der StudentInnen und Jugend, die in Gefahr stehen eingezogen zu werden, die verschiedenen lokalen Soldatenmütter-Komitees u.a. Die heutige Hauptfrage ist, ob die Antikriegsbewegung unter den Schirm der US-CIA und EU-bezahlten Fronten kommt oder ob eine wirkliche internationale ArbeiterInnen-Solidarität einer echten Massenopposition gegen den Krieg Schwung erhält. Finanzielle Unterstützung wird dringend gebraucht. ISWoR hat bereits Geld von London gesandt, wobei die TGWU-Gewerkschaft besondere Erwähnung verdient. Bitte seid großzügig und fragt eure Gewerkschaften oder andere fortschrittliche Or-

ganisationen, Grüße an die Kundgebung zu senden.

Thailand: Geiselnahme im Krankenhaus

Die burmesische Regierung hat Thailand für die harten Maßnahmen bei der Beendigung der Geiselnahme in Ratchaburi gelobt. Dabei waren alle 10 Geiselnnehmer (burmesische Rebellen im Teenageralter) von thailändischen Kommandoeinheiten getötet worden. (BBC News) Zwei der befreiten Geiseln geben an, daß einige der Rebellen getötet wurden, nachdem sie sich ergeben haben. Eine Herzpatientin sagte, daß keiner der Terroristen das Feuer auf das Krankenhaus stürmenden Soldaten eröffnete. Sie sagte, daß sie erst später aus dem Fernsehen erfuhr, was mit den Rebellen passiert war, nachdem sie weggebracht worden waren. (The Nation) Das Arbeitsministerium will im Kielwasser der Krankenhausbesetzung Bemühungen um die Ausweisung burmesischer Arbeiter aus Thailand intensivieren. (Bangkok Post)

Niederlande: Große BesetzerInnen- Demo friedlich verlaufen

Mit internationaler Unterstützung wurde am 29.1. für das seit 1996 besetzte Haus und Kulturzentrum „Entrepotdok“ demonstriert. Insgesamt vielleicht 1500–2000 Menschen waren an der Protestdemonstration gegen die drohende Räumung beteiligt. Ausgehend vom „Westermarkt“ (im Westen der Stadt – wen wundert’s?) ging die Route durch die Innenstadt Amsterdams. Laut Aussagen einiger Amsterdamer Besetzer war dies die größte BesetzerInnen-Demonstration in Amsterdam in den letzten 12 Jahren. Bereits zu Beginn der Demo sprachen zwei BewohnerInnen des „Entrepotdoks“ und erzählten den Werdegang ihres Ende 1996 besetzten Hauses – beginnend ohne Strom, Wasser und Gas ist

im Laufe der Jahre ein sehr aktives Zentrum im Osten Amsterdams entstanden, in dem zur Zeit etwa 15 Menschen wohnen. Die Demonstration verlief Richtung Spuistraat, wo sich das mittlerweile legalisierte Haus „Frankrijk“ befindet. Von diesem wurde ein Redebeitrag gehalten. Leider verhinderte das viel zu kleine Megaphon ernsthaftes Zuhören. Dennoch lässt sich der Redebeitrag als „solidarische Bekundung“ vom Frankrijk benennen. An der Amstel wurde kurzerhand ein Haus besetzt und ein Transparent entrollt. Die folgende „Knallkörperperformance“ erregte heftige Resonanz bei den anwesenden DemonstrantInnen. Durch die direkte Nähe zur Stadthalle „Opera“ wurde der Schall noch verstärkt. Sicherlich konnten auch einige Stadtbedienstete den Schall vernehmen. Das Stadthaus war mit berittenen Polizeieinheiten großräumig abgeriegelt. Trotz Vermummung auf Seiten der Demonstranten war dies nicht nötig. Der Kontakt zur anwesenden Polizei war eher kollegial und strategisch. Die eingesetzten Beamten beschränkten sich komplett auf Regelung des Straßenverkehrs. Insgesamt war die Beteiligung an der Demonstration sehr international – so waren mindestens 200 Menschen aus Deutschland angereist, auch eine breite Unterstützung aus dem Baskenland war extra zur Demo angereist. Diese endete mit einem weiteren kleinen Feuerwerk an den Kalenderpanden, dem Entrepotdok.

Computerausfall bei der NSA

Drei Tage lang konnten die Supercomputer des US-Geheimdienstes NSA das gesammelte Datenmaterial wegen eines Software-Problems nicht auswerten. Daten seien während dieser Zeit nicht verloren gegangen, hieß es in einer Presseaussendung des Dienstes, es sei lediglich ein Rückstau entstanden, der nachträglich abgearbeitet werden muss. Nach Angaben, die Direktor der NSA Michael Hayden gegenüber ABC News gemacht hat, sind die Computer von der enormen Datenmenge „überwältigt“ worden. Die Reparaturarbeiten hätten Tausende Mannstunden und 1,5 Millionen Dollar verschlungen. Die NSA betreibt in Fort Mead im US-Bundesstaat Maryland eines der leistungsfähigsten Rechenzentren der Welt. Dass die Öffentlichkeitsscheue NSA, deren Existenz erst seit kurzem überhaupt zugegeben wird, ausgerechnet mit Nachrichten vor die Presse tritt, die ihre Schwächen belegen sollen, hat allerdings den Verdacht der gezielten Desinformation aufkommen lassen. Vor wenigen Wochen erst hatte die NSA Alarm geschlagen, weil sie nicht mehr in der Lage sei mit der anschwellenden Datenflut durch die weltweite elektronischen Kommunikation fertig zu werden, und zunehmend „taub“ werde.

Zusammenstellung: hav

„Eine Stadt wehrt sich“ – Protestaktionen gegen die NPD in Göttingen

GÖTTINGEN. Rund 2000 Menschen demonstrierten am 29. Januar gegen einen geplanten NPD-Aufmarsch. Unter dem Motto „Eine Stadt wehrt sich“ versammelten sie sich an verschiedenen Stellen der Stadt und zogen in Sternmärschen zum Marktplatz. Die Stadt hatte, wie schon am 6. November, den NPD-Aufmarsch verboten. Polizei und Bundesgrenzschutz waren überall präsent. Auf der Kundgebung machte Hauptredner Dr. Friedman, Vizepräsident des Zentralrates der Juden in Deutschland, deutlich: Es darf keine Toleranz für Rassisten geben.

GZ, Fernsbild ZDF



Flüchtlinge demonstrieren gegen Altfallregelung und für Bleiberecht

MÜNCHEN. Am 22. Januar beteiligten sich trotz Kälte und Schneefall 150 Personen, größtenteils Flüchtlinge aus verschiedenen Ländern, an einer Kundgebung gegen die Altfallregelung für Flüchtlinge und für ein generelles Bleiberecht. Joseph Mbongo-Mingi, Sprecher der Karawanengruppe München, sowie mehrere Personen aus Togo und Kongo schilderten ihre Situation als Flüchtlinge in der BRD sowie den Hintergrund ihrer Flucht. Sie kritisierten die Durchführungsanordnungen des bayerischen Innenministeriums: „Zuerst wurde die Altfallregelung für Flüchtlinge von bayerischer Seite permanent blockiert, nun sorgt Herr Beckstein mit seinen Sonderregelungen dafür, dass in Bayern niemand von der Altfallregelung profitiert.“ Eine Sprecherin von amnesty international aus Regensburg wies darauf hin, dass bereits jetzt ein Oppositioneller aus Kongo in Abschiebehaft sitzt wegen dieser bayerischen Sonderregelungen. Christian Wunner, Sprecher des Bayerischen Flüchtlingsrats, setzte sich dafür ein, dass die betroffenen Flüchtlinge einen Abschiebeschutz mithilfe der Härtefallregelung erhalten: „jeder abgelehnte Altfall ist ein Härtefall“. Am Ende der Kundgebung wurde von einer Delegation der TeilnehmerInnen ein Schreiben an Günther Beckstein beim bayer. Innenministerium übergeben, in dem dazu aufgefordert wird, die bayer. Sonderregelungen zurückzunehmen, denn „Mit den bayerischen Bestimmungen schaffen Sie mehr Härtefälle als Sie lösen.“ Die Karawanengruppe München will diese Aktionen nun monatlich durchführen. Die nächste am 24. Februar soll zur SPD-Zentrale ziehen. *Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen München*

Gedenkfeier zum 15. Jahrestag des Raketenunfalls auf der Waldheide

HEILBRONN. Am 15. Jahrestag des Pershingunfalls auf der Waldheide luden die Heilbronner Grünen ein zur Gedenkfeier auf der Waldheide. Ca. 25 vorwiegend grüne Aktivisten versammelten sich mit Kerzen und Kinderlaternen und lauschten dem Vortrag von Raphael Seitz und

anderen. In stockdunkler, kalter Nacht bot die Veranstaltung am Gedenkstein hinter dem Schafstall eine gespenstische Atmosphäre, nicht nur wegen dem drumherum, sondern auch inhaltlich. Der Versuch, fundamental pazifistische Positionen und die Rechtfertigung von Fischers Kosovokrieg miteinander zu verbinden, musste scheitern. Bei den von Seitz geforderten „Krisenreaktionskräften“ war dann nicht einmal mehr erkennbar, ob es sich um militärische NATO-Truppen oder um unbewaffnete zivile Friedensaktivisten handeln soll. Eine solche Gedenkfeier hat die renaturierte Waldheide eigentlich nicht verdient.

jom



Nazis marschieren in Berlin auf – Aktionswoche gegen Rechts

BERLIN. 600 Neo-Nazis marschierten zum ersten Mal seit 1945 am 29. Januar, dem Vortag des Jahrestages der Machtübertragung an Adolf Hitler, durchs Brandenburger Tor, um gegen die Errichtung des Holocaust-Mahnmals zu demonstrieren (Bild). Das Oberverwaltungsgericht hatte das polizeiliche Verbot aufgehoben, nur das Trommeln wurde untersagt. Das Fernsehen zeigte, dass eine linke Allianz gegen den Aufmarsch von Polizeikräften zurückgedrängt wurde.

BZ

Veranstaltungen bis Ende Januar kennzeichnen die vom Antifaschistischen Aktionsbündnis III (A3) durchgeführte Aktionswoche gegen Rechts. Das Bündnis existiert im kommenden Berliner Großbezirk Pankow, Prenzlauer Berg und Weißensee. Unter dem Motto „Antifa lebt vom Mitmachen“ wurde vor der Zentrale der Republikaner, die sich im Bezirk befindet, eine Kundgebung mit einer sich anschließenden Andacht in der

Pankower Kirche durchgeführt. Die Aktion zum Gedenktag der Opfer des Nationalsozialismus wird von der Bezirksversammlung Pankow auf Antrag der PDS unterstützt.

abe

VVN-BdA setzt sich bei der Stadt für Gedenkstunde am 8. Mai ein

DÜSSELDORF. Mit einem Offenen Brief hat sich der Landesvorsitzende der VVN-BdA NRW, Josef Angenfort, an den Oberbürgermeister der Stadt Düsseldorf gewandt und fordert ihn auf, sich für eine Gedenkstunde am Jahrestag der Befreiung vom Faschismus einzusetzen. In dem Brief heißt es: „Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Erwin, der Geresheimer Bezirksvorsteher, Herr Günther Prudniewski, hat den von einem Mitglied der Bezirksvertretung eingebrachten Antrag abgelehnt, am 8. Mai eine Gedenkstunde für Widerstandskämpfer und Opfer der Nazis durchzuführen. Herr Aloys Odenthal, Ehrenbürger unserer Stadt, der tausenden Düsseldorfern das Leben rettete, als er und seine Mitkämpfer kurz vor Kriegsende die Stadt an die Amerikaner übergaben, ist, als Zeichen des Protestes gegen diese Ablehnung, aus der CDU ausgetreten. Ich möchte vorschlagen, dass der Rat der Stadt Düsseldorf am 8. Mai 2000, dem 55. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus und Krieg, eine Gedenkstunde durchführt. Zu dieser Gedenkstunde sollten Herr Aloys Odenthal und andere Düsseldorfer Widerstandskämpfer eingeladen werden.“

Mit freundlichen Grüßen Josef Angenfort

CDU will Zahl der Demonstrationen im Zentrum Berlins einschränken

BERLIN. Wie aus dem Abgeordnetenhaus in Berlin Mitte Januar bekannt wurde, unterstützt die CDU-Fraktion Absichten des Innensenators Werthebach und des Polizeipräsidenten Saberschinsky, die Zahl der Demonstrationen im verkehrsreichen Zentrum der Stadt einzuschränken. Sie stützen sich auf Möglichkeiten, die das Gesetz bietet, um Versammlungen unter freiem Himmel in bestimmter Weise einzuschränken. Danach hat die zuständige Behörde, d.h. vor allem die Polizei, die Möglichkeit, den Veranstaltern von Demonstrationen Auflagen zu erteilen.

len. Es gehe nicht an, dass eine Handvoll Demonstranten den Kurfürstendamm stundenlang blockiere. 1999 habe es im Schnitt sieben Demos pro Tag gegeben. Ziel sei es, einen sinnvollen Umgang mit dem Demonstrationsrecht zu erreichen. Auch die SPD stimmte in den Chor der Veränderer ein und meint, dass das Recht auf Versammlungsfreiheit nicht selten mit dem Recht des Bürgers auf freie Entfaltung kollidiert. Bisher hat noch immer die Rechtsprechung den Veranstaltern Gestaltungsfreiheit zugestanden und polizeiliche Auflagen per Urteil aufgehoben. Nun liege es an den Juristen, wie sich die Lage in Berlin in nächster Zeit gestalten wird.

Eine Anhörung im Innenausschuss soll eine Lösung des Problems erleichtern. War der Versuch, die erste Liebknecht-Luxemburg-Demo zu verbieten, schon eine Probe aufs Exempel? *abe*

Proteste gegen Soldatengottesdienst des Kardinal Meisner in Köln

KÖLN. 100 Menschen beteiligten sich an der Protestkundgebung am 20. Januar vor dem Dom. Während drinnen der Kardinal den NATO-Soldaten versicherte, dass sie bei ihren Handlungen Gott selbst zum Bundesgenossen hätten, wandten sich draussen verschiedene Beiträge gegen die Kriegspolitik. So kritisierte Ellen Diederich vom Frauenfriedensarchiv die Versuche, Frauen in die Bundeswehr zu bringen. „Wir brauchen weder Männer noch Frauen in Armeen. Wir wollen, wenn schon eine Gleichberechtigung, dann eine solche, die den Männern den Zugang zum Militär versperrt. Wir brauchen kontrollierte Abrüstung, Umwandlung von Rüstungsproduktion in zivile Produktion, Verbot aller Rüstungsexporte, Friedenserziehung als Lehrfach an Schulen und Universitäten, Frauen auf diese Lehrstühle. Frauen, ausgebildet als Ingenieurinnen und Technikerinnen, damit sie Rüstungskonversion betreiben, alternative Produktionsverfahren und alternative Energien entwickeln können, Frauen als Aufsichtspersonen über die Einhaltung von Waffenembargos, Frauen als Richterinnen über Kriegsverbrechen.“ *Aus: Lokalberichte Köln Nr. 3*

Internationaler IPPNW-Kongress „Medizin und Gewissen“

ERLANGEN. Die IPPNW-Hochschulgruppe Erlangen plant gemeinsam mit der Regionalgruppe Nürnberg-Fürth-Erlangen und der deutschen Sektion der IPPNW den Internationalen IPPNW-Kongress „Medizin und Gewissen“, der vom 24. bis 27. Mai 2001 in Erlangen stattfinden wird. Hier soll die soziale Verantwortung der Medizin im Mittelpunkt stehen. Zu den Themen Menschenrechte, Friedensarbeit, Technologiefolgen-Abschätzung und Gesundheitspolitik sind 100 ReferentInnen aus In- und Ausland geplant. Die IPPNW rechnet mit ca. 1000 Teilneh-

BaföG-Reform jetzt! – Breites Bündnis von Studierenden gebildet

BONN. Der freie Zusammenschluß von studentInnenschaften (fzs), LiRa (Bündnis linker und radikaldemokratischer Hochschulgruppen), das Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS), der Bundesausschuß der Studierenden der GEW (BASS), der Bund demokratischer WissenschaftlerInnen (BdWi), [solid] – die sozialistische Jugend, Juso-Hochschulgruppen, das Bündnis Grün-Alternativer Hochschulgruppen, PDS-Hochschulgruppen, IG Metall Jugend, Juso Landesverband NRW und Juso Bundesverband, PDS Bundestagsfraktion, zahlreiche ASten und weitere wollen gegen die BaföG-Reform aktiv werden. Sie schreiben: „Bundeskanzler und SPD-Vorsitzender Schröder hat es mit seinem kategorischen „Nein“ geschafft, mit einem Wort gültige Parteitagebeschlüsse, Koalitionsvereinbarungen und Wahlversprechen zu brechen. Die Studierenden und die unterzeichnenden Verbände fordern eine Realisierung der elternunabhängigen Grundförderung, deren Nutzen für die Studierenden erwiesen ist. Wir wollen die elternunabhängige Förderung, Herr Schröder, und zwar genau deshalb, weil ein Viertel aller Eltern die staatliche Unterstützung ihrer Kinder in den Hausbau statt in die Zukunft ihrer Kinder steckt.“ Auf dem SPD-Kongreß „In der Bildung liegt die Zukunft: Auf dem Wege in eine lernende Gesellschaft“ am 25. Januar zum Wahlkampf-Auftakt in NRW machten einige ihren Protest deutlich.

www.pbjacon.de/studierende-fzs

Großdemonstration am 26. Januar gegen Kürzungen im KiTa-Bereich

POTSDAM. Nach dem Zustandekommen der SPD-CDU-Koalition in Brandenburg hatte der alte und neue Ministerpräsident Stolpe, „rigorose Einschnitte in bisher für Brandenburger Politik stehende Werte wie die Hildebrandtsche Arbeitsförderung, die Kita-, Luxusstan-

dards, Bildung, Kultur und Wissenschaft“ angekündigt. Dem folgten Taten. Die Landesregierung kündigte nun an, mittelfristig den Jahresbetrag von 320 Mio. DM für die Kitas auf 62 Mio. runter zu kürzen. Sie werde abgehen von der Politik der Kinderbetreuung und den Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz reduzieren. Der Standard müsse abgesenkt werden.

Gegen diese Pläne formierte sich in Brandenburg ein parteienübergreifendes Aktionsbündnis, dem die Gewerkschaften ÖTV und GEW angehören und das von der PDS und den Grünen unterstützt wird. Das Bündnis brachte im Zentrum der Landeshauptstadt Potsdam 20.000 (andere Angaben sprechen von 12.000) Menschen auf die Beine, die sich lautstark mit Rasseln, Trommeln und Pfeifen zu Wort meldeten.

Der Landesvorsitzende der GEW Günter Fuchs erklärte, dass die GEW zu keinerlei Zugeständnissen bereit sei. Er rief zur Bildung eines Aktionsbündnisses gegen Kürzungen auf und forderte verlässliche Rahmenbedingungen für die Kitas, kleinere Gruppen und mehr Erzieherinnen.

Die ÖTV erklärte, dass die Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik der Koalitionsregierung „falsch, unsozial und frauenfeindlich“ sei. Die Gewerkschaft wendet sich gegen die Entlassung von weiteren 1500 bis 2000 Erzieherinnen (seit 1990 wurden bereits 6000 entlassen).

Die Forderung der PDS, die Parlamentssitzung, die zur gleichen Zeit lief, zu unterbrechen, um mit den Demonstranten zu sprechen, wurde vom Landtagspräsidenten abgelehnt. Die PDS verließ geschlossen die Sitzung, um sich der Demonstration anzuschließen. Die Rufe der Teilnehmer der Demo waren allerdings vergeblich: Bildungsminister Reiche ließ sich vor ihnen nicht sehen. Sie hat inzwischen angekündigt, über Art und Höhe der Einsparung bei den Kitas werde noch einmal beraten. Die Aktionen gegen die Kürzungsabsichten werden im Bündnis weitergehen. *abe, har*



Chancengleichheit oder Eliteförderung?

Bayernweit findet vom 15. bis 28. Februar das Volksbegehren „Die bessere Schulreform“ statt. Es richtet sich gegen den Versuch der Staatsregierung, die 4-stufige Realschule abzuschaffen und dafür die 6-stufige Realschule (R6) für eine halbe Milliarde Mark einzuführen. Die vielen Gruppen, Parteien und Organisationen, die das Volksbegehren des Bayer. Lehrerinnen- und Lehrerverbands (BLLV) unterstützen, befürchten eine Verschärfung der Auslese in der Grundschule, das Aus für kleinere Schulen, weniger Mitwirkungsrechte der Eltern und schlechtere Unterrichtsbedingungen. Über 86.000 Unterschriften sammeln sie daher für „Die bessere Schulreform“, die nun zur Abstimmung steht. Wenn sich 900.000 in die Listen eintragen, wird es einen Volksentscheid darüber geben. Im Gegensatz zu drei gleichzeitig eingereichten Demokratie-Volksbegehren, die die Staatsregierung allesamt für verfassungswidrig hält und deshalb dem Verfassungsgericht vorlegt, mußte sie diese Bildungs-Initiative schlucken und das Volksbegehren zulassen. Auf der CSU-Tagung in Kreuth beriet sie ihre Gegenkampagne, CSU-Fraktionsvorsitzender Weinhofer begründete dies: „Falls die sechststufige Realschule per Volksentscheid gekippt würde, wäre das der GAU für die Schulpolitik der Staatsregierung.“ Alle wichtigen bayer. Wirtschaftsverbände fürchten das Volksbegehren und haben zusammen mit einigen Lehrer- und Elternverbänden eine Gegeninitiative „Beste Bildung für die Zukunft“ gebildet. In einer Broschüre des DGB Bayern findet sich auch ein Aufsatz, der sich mit der CSU-Politik auseinandersetzt. Wir zitieren hier daraus.

Die bayerisch-sächsische Zukunftskommission hat 1997 ihren dritten und abschließenden Bericht vorgelegt. Dort wird einem Konzept das Wort geredet, das die Gesellschaft von einer „arbeitnehmerzentrierten kolonnenhaft formierten Industriegesellschaft“ zur „unternehmerischen Wissensgesellschaft“ verändern soll. Das Leitbild, das dort propagiert wird, ist der Mensch „als Unternehmer seiner Arbeitskraft und Daseinsvorsorge“. Da, so die Autoren, die Lebensstandardsichernde staatliche Vorsorge nicht den Strukturen einer unternehmerischen Wissensgesellschaft entspreche, müsse die wirtschaftliche und soziale Risikobereitschaft der Menschen gefördert werden. Der Schlüssel dazu liegt für die Autoren auch im Bildungssystem. Man setzt auf die Förderung von Eliten, „die auf einer natürlich gegebenen Differenzierung nach Begabung und Motivation beruht“.

Für die Verlierer dieses Prozesses kann es dann ja anschließend, so die Gedan-

kengänge in der Studie, Angebote an niedrig bezahlter, schlecht abgesicherter, einfacher Dienstleistung geben. Das dahinterstehende Konzept läßt sich somit auf den Nenner bringen: Herrschende Eliten und dienende Mehrheiten. Dass das Ganze keine Gedankenspielerie ist, zeigt sich im Regierungsprogramm der Bayerischen Staatsregierung für die Legislaturperiode 1998-2003. Dort ist ausdrücklich das Ziel der Förderung von Be-



reitschaft zum Unternehmertum in Schulen formuliert. Diese „in den Lehrplänen verankerten Grundsätze“ sollen durch Initiativen wie Existenzgründerspiele gestärkt werden.

Die bayerische Bildungspolitik setzt also verstärkt auf ein Konzept der Förderung von Leistungsstärkeren. Dabei zeigt der im Juni 1999 veröffentlichte „Bericht der Staatsregierung zur sozialen Lage in Bayern“ mehr als deutlich, dass eine stärkere Förderung von Eliten für die Gesamtqualifikation eher verheerende Folgen hat. In Bayern verlassen nach wie vor ca. 8% der Schülerinnen und Schüler ohne Hauptschulabschluß die Schule. Besonders gravierend ist, dass 25% der ausländischen Jugendlichen die Hauptschule ohne Abschluss beenden.

„Häufig dürften“, so wird im Analyse- teil des Sozialberichts erwähnt, „nicht fehlende Fähigkeiten einen Abschluss verhindern, sondern es mangelt an sozialer Kompetenz, Sprachvermögen, Selbstvertrauen und Wissen um Zukunftsperspektiven“. Dabei ist allen klar, dass es gerade für diese Jugendlichen besonders schwierig ist, mit dem rasanten Strukturwandel Schritt zu halten.

Stellt man die „Bildungsoffensive Bayern“ in die oben skizzierten Bezüge, wird ein Schuh daraus. Die geplante

sechststufige Realschule R6 ist eben nicht ein Instrument, um mehr Chancengleichheit zu erreichen, sondern eines, das die Gymnasien von eintretenden Schülern entlasten soll. Eliteförderung ist die Devise. Und diese Eliten brauchen optimale Bedingungen. Sind diese aufgrund knapper Finanzen nicht für alle herstellbar, müssen eben weniger Schülerinnen und Schüler aufs Gymnasium gehen.

So ist es nur logisch, dass in einem Papier des Kultusministeriums als Ziel der R6 erwähnt wird, die Übertrittsquote zum Gymnasium um 10% zu senken. Umgekehrt soll der Haupt-schulanteil von 37% auf 45% im Jahr 2005 bis 2006 gesteigert werden. Dabei baut der Übertrittszeitpunkt in Realschulen weitere soziale Barrieren auf.

Dass geplante Versuche, spezielle Praxisklassen in Hauptschulen zu installieren, dazu beitragen, Jugendliche zu segmentieren, ist die andere Seite der Medaille. So wichtig die individuelle Förderung solcher Jugendlicher ist, so falsch ist die Ausgrenzung und Zusammenfassung in separaten Klassen. Doch statt kleinere Klassen mit besseren individuellen Fördermöglichkeiten für jeden einzelnen zu schaffen, die Lehrer entsprechend zu qualifizieren und eine engere Verbindung zwischen der Schule und der außerschulischen Lebenswirklichkeit herzustellen, werden Schüler in solchen Schulverbänden stigmatisiert.

Was tun?

Am wichtigsten ist, dass die Jugendarbeit den Fokus auf die Bildungspolitik richtet. Hier werden in den nächsten Jahren Weichen gestellt, welche die Zukunft von Kindern entscheidend prägen. Es müssen deshalb aus Sicht der Jugendarbeit einige Konsequenzen als Gegenmodelle zu Ausgrenzung und sozialer Auslese formuliert werden. Bildung ist Bildung für alle Menschen. Sie darf nicht noch weiter zur Reproduktion sozialer Ungleichheiten führen. Sie ist bezogen auf eine allseitige Entwicklung des Menschen. Bildung bezieht sich auf alle Bereiche des Menschen und darf nicht einseitig auf die Erfordernisse des Berufslebens ausgerichtet sein. Dies umso mehr, als die Anforderungen an zukünftige Berufstätigkeit aufgrund immer schnellerer Veränderungen immer schwieriger zu prognostizieren sind. Und Bildung muss schließlich zur lebenslangen Auseinandersetzung für die jeweils neuen Gegebenheiten befähigen.

Weitere Infos: www.dgb-bayern.de und www.bllv.de/volksbegehren (Homepage des Bayer. Lehrerinnen- u. Lehrerverb.)

Wann kommt die Orientierungsstufe?

Als die PDS in Schwerin als Koalitionspartner der SPD in die Landesregierung einzog, rief das vielerorts Zweifel oder gar tiefe Ablehnung hervor. Inzwischen ist mehr als ein Jahr vergangen und die rot-rote Koalition des Nordlandes hat ihre Erfolge gefeiert, bzw. über die bislang nicht erreichten Ziele geschwiegen. Das trifft z.B. auf die Absicht und das Wahlversprechen zu, 20.000 neue Arbeitsstellen zu schaffen. Realistisch beurteilt, gelang es gerade mal, 1000 neue Stellen im Bereich Jugend-, Schul- und Sozialarbeit zu schaffen. Jedenfalls wurde bei einem Erfahrungsaustausch zwischen den PDS-Fraktionen Sachsen-Anhalts und Mecklenburg-Vorpommerns davon gesprochen, dass die PDS in Schwerin über eine Mitbestimmung erster Klasse verfüge, was logischerweise die Lage der PDS in Sachsen-Anhalt als solche zweiter Klasse klassifizieren muss. Die Fraktionsvorsitzende der PDS in Sachsen-Anhalt, Petra Sitte, sieht die Rolle der PDS deshalb auch realistischer. Denn eine „begradigte SPD“ nach Schröder-Manier ließe sie als möglichen Partner für die PDS sicher verloren gehen. Helmut Holter, der zweite Pragmatiker in der Schweriner Koalition neben dem Regierungschef Ringsdorf, sieht das anders: Für ihn ist die SPD auf absehbare Zeit der einzig mögliche strategische Partner für die PDS. Das sagt er, obwohl seit geraumer Zeit ein Streit zwischen den mecklenburgischen Koalitionspartnern schwelt.

Im Koalitionspapier wurde vereinbart, Veränderungen im Schulwesen des Landes, beginnend mit dem Jahre 2001, durchzuführen. Die PDS, die für Chancengleichheit aller Kinder eintritt, setzte als eine Grundforderung – unabhängig von der Schulart – durch, eine sogenannte Orientierungsstufe für die 5. und 6.

Klassen einzurichten, ehe eine Trennung in Normalschule und Gymnasium erfolgt. (In den meisten Bundesländern erfolgt die Trennung nach der 4. Klasse). PDS und SPD vereinbarten, im Lande einen Versuch zu starten und erst zu einem Zeitpunkt nach der 4. Klasse die Trennung der Schüler zu vollziehen. In diesen Schuljahren soll nach einem einheitlichen Lehrplan unterrichtet werden.

Die PDS tritt also dafür ein, dass die Wege der Schüler sich erst nach der 6. Klasse trennen. Pate gestanden hatte bei dieser Entscheidung sicher die Tatsache, dass in der DDR alle Kinder die zehnklassige polytechnische Oberschule besuchten und sich frühestens ab der Neunten der Besuch der Abiturstufe möglich war. Dafür hat die PDS die Unterstützung des Landeselternrates von Mecklenburg-Vorpommern, der sich bereits seit 1996 für eine Orientierungsstufe in der 5. und 6. Klasse einsetzt.

Noch im Jahre 1999 schien sich SPD von dieser Vereinbarung verabschieden zu wollen. Obwohl der Schweriner Bildungsminister Peter Kauffold bis vor kurzem auch der Meinung war, dass eine Orientierungsstufe gut wäre, ließ er ein Papier erarbeiten, in dem an dem bisherigen Schulmodell festgehalten werden soll. Die PDS sprach von einem Bruch des Koalitionsvertrages und sah die Zukunft der Koalition in Gefahr, obwohl Angelika Gramkow, Fraktionsvorsitzende der PDS, keinesfalls ein Ende der Koalition deswegen gekommen sah. Auch der Vorsitzende des Landeselternrates Harry Klink erklärte, dass die SPD eigene Beschlüsse vom Tische fege. Im Lande finde eine „negative Bildungsreform“ statt. In der Elternvollversammlung habe es nur eine Stimme gegen die Orientierungsstufe gegeben. Im übrigen stimmt

der Schweriner Plan auch mit dem Urteil des bundesdeutschen Bildungsrates überein, der meint, dass eine Entscheidung des Schülers nach der vierten Klasse zu früh sei. Die Ansicht der Fachleute werde von der Politik missachtet. Sie beuge sich dem Widerstand jener Eltern, die ihre Kinder frühzeitig ins Gymnasium schicken wollen.

In Schwerin haben bisherige Schlichtungsrunden von Bildungsexperten beider Parteien bisher kein Ergebnis erbracht. In einer Klausurtagung der PDS-Fraktion wurde nun nochmals betont, dass die PDS gern eine „chancengleiche Bildung für alle Kinder und Jugendliche“ garantieren wolle. Es könne nicht nur eine Sache des Geldes sein, den Bildungsweg der Kinder zu bestimmen. Auch nicht, wenn angeblich auf den Landshaushalt stärkere Belastungen zu kommen sollten.

Jedenfalls sieht die PDS-Fraktion gegenwärtig keinen Grund, aus der Koalition auszusteigen: Das Regierungsexperiment soll fortgesetzt werden. Noch sind Möglichkeiten offen. Ringsdorf und Holter wollen verhandeln. In der SPD keimt der Gedanke, den Eltern freizustellen, ob sie ihre Kinder bereits ab der 5. Klasse auf das Gymnasium schicken wollen. Das lehnt die PDS ab, weil damit die Orientierungsstufe zu einer reinen Staffage verkomme. Der Landeselternrat forderte inzwischen Ministerpräsident Ringsdorf auf, die Bildung im Lande tatsächlich neu zu gestalten. In der PDS herrscht die Befürchtung vor, dass ein erster Bruch des Koalitionsvertrages weitere nach sich ziehen könnte. Es ist deshalb beabsichtigt, nicht nachzugeben: im Interesse der Schüler und im Interesse einer soliden Ausbildung, die jedem Chancengleichheit gewährt. *abe*

Aktion des SchülerInnenRats Stuttgart

Hände weg vom Abitur

Für alle SchülerInnen, die dieses Jahr in Baden-Württemberg in die 11. Klasse kommen, soll das Abitur verschärft und die Kurswahl in der Oberstufe abgeschafft werden. Der Stuttgarter SchülerInnenRat (SSR) ruft auf, am 9. Februar im Jugendhaus Mitte zu diskutieren, was dagegen getan werden kann.

Der SSR hat sich 1987 gebildet, als damals schon Einschränkungen des Kurs-Wahlsystems bundesweit durchgesetzt werden sollten. 1987 streikten 5000 SchülerInnen gegen diese Abi-Deform. Zwei Jahre später waren 20000 in Stuttgart beim Streik gegen Verschlechterungen im Bildungssystem. 1995

streikten nochmals 6000 SchülerInnen in Stuttgart für 3000 neue LehrerInnen und bessere Bildungsbedingungen. Der SSR versteht sich als Interessensvertretung der SchülerInnen, als eine Art SchülerInnen-Gewerkschaft.

Der SchülerInnenRat befürchtet Verschlechterungen und Einsparungen bei der Mehrheit und Elitebildung für eine Minderheit. Der Klassendurchschnitt liegt bei Gymnasien in Baden-Württemberg bei 26,1 SchülerInnen, durch die Einschränkung der freien Kurswahl (SchülerInnen können sich nicht aussuchen, in welche weiterführende Schule sie gehen können, sondern werden an eine andere Schule verwiesen, wenn dadurch weniger Klassen – und damit größere Klassen – möglich werden) sind vor allem die Unterstufen-

klassen aufgefüllt worden. – Die aktuellen Forderungen des SSR lauten:

- a) Keine Verschärfung des Abiturs, kein fünftes Prüfungsfach.
- b) Keine Abschaffung der reformierten Oberstufe in Baden-Württemberg. Erhalt und Ausbau der Kurs-Wahl-Möglichkeiten. Mehr freiwillige AGs.
- c) Bildung für alle: Kostenlose Lehr- und Lernmittel, kostenlose Schüler-Abos bei der VVS.
- d) Maximale Klassengröße von 20 SchülerInnen.
- e) Dafür müssen mehr LehrerInnen eingestellt werden: Einstellung von zusätzlich 3000 LehrerInnen pro Jahr.
- f) Abschaffung der Noten.
- g) Elternunabhängige Mindestsicherung für alle ab 16 Jahren von 1500 DM im Monat. *Kommunale Berichte Stuttg.*

Demokratisierung der Schule!

Aktionen und Forderungen Hamburger SchülervertreterInnen machen seit einem Jahr Furore, werden heftig diskutiert und neuerdings auch von der Schulbehörde wahrgenommen. Mittlerweile haben zwei „SchülerInnenforen“ stattgefunden. Das dritte wird sich Anfang des Jahres mit der Berufsschule und Berufsausbildung befassen. Aus diesem Anlass führte Horst Bethge das folgende Interview mit Julia Liedtke durch. Julia ist Schülerin der 13. Klasse an der Erich-Kästner-Gesamtschule. Auf die Frage nach besonderen Interessen lacht sie: „Die Schulpolitik beeinflussen!“ Ihr Berufswunsch ist Sonderpädagogin.

Auf dem 1. SchülerInnenforum der Hamburger SchülerInnenkammer habt ihr 10 Forderungen zusammengestellt. Was war Anlass, was ist euer Ziel?

Unser Anlass, das erste Hamburger SchülerInnen Forum durchzuführen, war, dass SchülerInneninteressen nie ausreichend beachtet, geschweige denn ernstgenommen wurden. Eine unserer Forderungen nach der 168-Stunden-Demo gegen den Bildungsabbau im Dezember vergangenen Jahres war es, dass die SchülerInnen endlich ernstgenommen werden und ihre Vorstellungen von Schule nicht immer unter den Teppich gekehrt werden. Daraufhin fand nun das erste Hamburger SchülerInnen Forum statt, wo sich rund hundert SchülerInnenvertreterInnen beteiligten.

Unser Ziel ist es, mit solchen Foren die SchülerInneninteressen zu stärken und in die Öffentlichkeit zu tragen, um dadurch eine Verbesserung der Schulentwicklung zu erreichen und die Schulen zu demokratisieren.

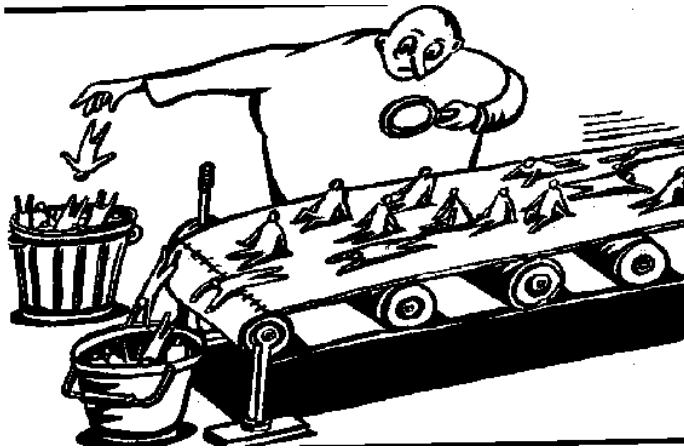
In der Diskussion geht oft eure erste Forderung „nach stärkerer Mitgestaltung des Unterrichts durch SchülerInnen“ unter. Was meint ihr damit genauer?

Diese Forderung war für uns von so zentraler Rolle, dass wir speziell zu dem Thema Unterrichtsmitgestaltung von SchülerInnen inzwischen ein zweites Forum im November durchgeführt haben. Dabei sind auch wieder zehn Forderungen entstanden:

- Verbindliche Informationen der SchülerInnen über ihre Rechte und Mitbestimmungsmöglichkeiten
- Mitsprachemöglichkeiten bei Kriterien zur Leistungsbewertung
- Mitsprachemöglichkeit bei Zeugnissen (Einspruchsrecht bei ungerechter Bewertung, rechtzeitige Notenbekanntgabe)
- Allgemein einsehbare und leicht verständliche Lehrpläne

- Würdigung von Engagement im Zeugnis
- die verbindliche Einführung von Kurs-sprecherInnen/TutgruppensprecherInnen
- regelmäßige Planungs- und Tut-Stunden
- Themenwoche/Thementage, die sich nach den Interessen der SchülerInnen richten
- Einführung einer jahrgangsbezogenen SchülerInnen-LehrerInnen-Konferenz an allen Schulen
- Rollentausch / Unterrichtseinheiten durch SchülerInnen; Präsentationsarbeiten

Auf viel Widerspruch bei LehrerInnen trifft eure Forderung, den Unterricht der



LehrerInnen bewerten zu wollen. Was meint ihr damit, wie soll das gehen?

Diese Forderung war absichtlich sehr überspitzt formuliert, damit wir damit eine Diskussion ins Rollen bringen. Es geht uns hierbei nicht darum, den LehrerInnen eine Note vor den Latz zu knallen und Rachegelüste zu üben, sondern darum, den LehrerInnen ein Feedback über ihren Unterricht zu geben, um so eine inhaltliche genauso wie eine klimatische Verbesserung des Unterrichts zu bekommen.

SchülerInnen und LehrerInnen sollen sich so über die jeweilige Rolle des anderen klar werden und in einen gemeinsamen Dialog treten. Hier sehen wir die Möglichkeit, endlich von der starren Klassenzimmer-Hierarchie wegzukommen. Auf Grund dieser Forderung beginnt nun ein gemeinsames Projekt von SchülerInnenkammer und der GEW mit Hilfe wissenschaftlicher Begleitung. Wir wollen damit den LehrerInnen die Angst vor „SchülerInnenbewertung“ nehmen gemeinsam eine Feedback-Kultur ins Leben rufen, die sich hoffentlich bald an Hamburgs Schulen eingebürgert hat. Ein wichtiger Bestandteil dieses Projektes ist es, dass das Feedback nicht in Form eines

standardisierten Fragebogens erstellt werden soll, sondern von den einzelnen Beteiligten (SchülerInnen und LehrerInnen gleichberechtigt!) individuell gestaltet wird und sie von Anfang an mit einbezogen werden.

Wirtschaft und Soziales soll verbindlich unterrichtet werden. Unterstützt ihr damit nicht die Forderungen der Arbeitgeber, der Handelskammer?

Unserer Meinung nach kommt Wirtschaft und Soziales viel zu ungenügend in der Schule vor. Die SchülerInnen wissen dann vielleicht ansatzweise, wie die Börse funktioniert und wie Herr X zu seinem Geld kommt. Das übt die SchülerInnen aber in keinsten Weise in Kritikfähigkeit gegenüber der Wirtschaft oder mit dem richtigen Umgang mit dieser, damit man sich später nicht ausbeuten lässt. Deshalb muss sich die Schule auch mit Betriebsräten und Gewerkschaften befassen.

Ab Klasse 5 soll eine Interessenstunde verbindlich sein. Warum?

Mitgestaltung von Unterricht kann nur stattfinden, wenn der nötige zeitliche Raum dafür vorhanden ist und die Möglichkeit zur Kommunikation mit den LehrerInnen besteht. Dass uns diese Forderung besonders wichtig und zentral ist,

zeigt sich daran, dass sie auch wieder im zweiten Forum gefordert wurde. Tutstunden sind eine Rahmenbedingung für die Demokratisierung von Schulen und Unterricht.

Ihr habt eure Forderungen genannt: „Lasst uns Schule verbessern“, sagt aber in dem Papier nichts zu Lehrermangel, fehlenden Ausbildungsplätzen, schlechten Räumen. Gehört das nicht dazu?

Wir wollen generell Schule verbessern. Einerseits gehört dazu, dass sich die materiellen Rahmenbedingungen verbessern, andererseits müssen sich aber auch die inhaltlichen Voraussetzungen / Bedingungen ändern.

Diese zwei Punkte gemeinsam unter einen Hut bzw. unter eine Veranstaltung zu bringen, erwies sich in der Vergangenheit als schwer. Deshalb haben wir dies getrennt und die Foren auf einen inhaltlichen Dialog beschränkt. Aber das heißt nicht, dass wir in Zukunft uns nicht mehr der Rot-Stift-Politik unserer PolitikerInnen stellen. Auch auf dieser Ebene werden wir weiterhin, zusammen mit LehrerInnen und Eltern, kämpfen.

Aus: Lokalberichte Hamburg Nr. 24

Arbeitslosenticket: AUGSBURG. Die Stadtratsfraktion der Bündnisgrünen fordert ein Arbeitslosenticket für Erwerbslose und Sozialhilfeempfänger sowie Teilnehmer an ABM-Maßnahmen, das ihnen den verbilligten Gebrauch der öffentlichen Verkehrsmittel ohne Beschränkung auf bestimmte Zeiten erlaubt. Eine Monatskarte solle für Erwerbslose nicht teurer sein als 40 DM, eine Tageskarte für 5 DM und ein Einzelfahrschein für 1 DM erhältlich sein.

„Köln-Pass“: KÖLN. Die Kölner Armutskonferenz, die PDS/offene Liste und die DKP Köln protestieren gegen die Pläne der CDU, den Köln-Pass abzuschaffen, um den städtischen Zuschuß von 10 Mio. DM einzusparen. Der Köln-Pass ermöglicht Menschen, die an der Armutsgrenze oder darunter leben, verbilligte Fahrten mit dem Kölner Verkehrsverbund, niedrigere Eintrittspreise zu Bädern, Theater, Zoo etc. und ermöglicht ihnen damit ein Mindestmaß an Mobilität und Teilnahme am öffentlichen Leben.

Nachtflugverbot: MÜNCHEN. Die Grün-rosa Stadtratsfraktion kritisiert die Haltung ihres Koalitionspartners SPD zur beantragten Lockerung des Nachtflugverbots für den Flughafen München. Gemeinsam mit der CSU hatte die SPD einer Vorlage des Referenten Dr. Wiczorek zugestimmt, in der, so der stellvertretende Grünen-Fraktionsvorsitzende Boris Schwartz, „Aspekte des Umwelt- und Gesundheitsschutzes nur als störende Hindernisse bei der Sicherung von Marktanteilen im internationalen Flugverkehr vorkommen.“ Es sei nicht die Funktion einer Nachtflugregelung, einen „Anreiz für Investitionen und zur Ansiedlung arbeitsplatzschaffender und luftfahrtspezifischer Ansiedlungen“ (Zitat Dr. Wiczorek) zu bieten, sondern den in der Region lebenden Menschen wenigstens eine lärmfreie Nachtruhe zu garantieren. Zudem haben sich die Umlandgemeinden, in denen die meisten dieser Arbeitsplätze entstünden, in der Fluglärmkommission einstimmig gegen die Aushöhlung des Nachtflugverbots ausgesprochen.

Mehr Einnahmen: STUTTGART. 5,135 Mrd. DM Einnahmen erwartet die Stadt laut Haushaltsantrag in diesem Jahr, 4,415 Mrd. DM in 2001. 1999 war der Ansatz 4,584 Mrd. DM. Die Kreditaufnahme der Stadt soll in beiden Jahren des Doppelhaushalts null sein, 1999 waren noch 177 Mio. DM angesetzt. Die günstige Lage des Jahres 2000 wollen CDU und FDP zu weiteren Wohltaten für das Kapital und die Geschäftswelt nutzen durch eine Gewerbesteuer senkung. In den Sozialen Bereichen soll das Sparkorsett jedoch nicht gelockert werden.

Gerade eben hat die Stadt die Müllgebühren um drei Prozent erhöht und wälzt die Kosten für die Ausbildung im Altenpflegebereich auf die Heimbewohner ab.

Gewerbsteuer: STUTTGART. Aus der Antwort auf eine Anfrage des PDS-Vertreters im Stadtrat, Siegfried Deuschle, geht hervor, daß von 39581 Steuerpflichtigen 7438 Gewerbesteuerzahler waren. Dabei entfielen auf die größten 10 Gewerbesteuerzahler 1999 allein 46,99% des Vorauszahlungsaufkommens, auf die größten 100 80,36%. Dies dürfte ein interessantes Licht auf die Argumentation werfen, die die angebliche Belastung des Mittelstandes für eine Senkung des Hebesatzes ins Feld führt.

Kommunalfinanzen: BERLIN. Die Ausgaben der Kommunen in Deutschland sind 1999 leicht gestiegen, liegen aber kaum höher als 1992. Die Investitionen haben dadurch in den vergangenen Jahren stark gelitten. Die Einnahmen stagnieren in den Jahren 1999 und 2000 weitgehend. Seit 1994 mussten daher die Städte, Gemeinden und Kreise ihre wachsenden Aufgaben Jahr für Jahr mit fast unveränderten Einnahmen finanzieren, berichtete der Präsident des Deutschen Städtetages, der Saarbrücker Oberbürgermeister Hajo Hoffmann, anlässlich der Vorlage aktueller Daten zur kommunalen Finanzlage.

Die kommunalen Einnahmen übertrafen 1999 die Ausgaben um 1,6 Milliarden Mark. Das ist gegenüber 4,8 Milliarden Mark in 1998 ein deutlicher Rückgang. Für das Jahr 2000 ist wieder mit einem kommunalen Defizit in Höhe von rund 2,6 Milliarden Mark zu rechnen.

Die gestiegenen Einnahmen bei der Gewerbesteuer wertete Hoffmann als Beleg für die Bedeutung dieser Steuer. Die Gewerbesteuer sei die wichtigste städtische Steuer und müsse es auch bleiben, damit die Städte ihre Aufgaben erfüllen können. Sie dürfe durch die Reform der Unternehmenssteuer nicht in Frage gestellt werden. „Die von der Bundesregierung geplante Teilanrechnung der Gewerbesteuer auf die Einkommensteuer ist nicht nur verfassungsrechtlich sehr bedenklich. Wir sehen diese Pläne auch deshalb mit Sorge, weil sie den Bestand der Gewerbesteuer gefährden können“, sagte der Präsident des Deutschen Städtetages.

Großen Nachholbedarf sieht Hoffmann bei den Investitionen der Städte. Seit 1992 habe es einen dramatischen Rückgang der Investitionen von 65,5 Milliarden DM auf voraussichtlich 47,9 Milliarden Mark im Jahr 2000 gegeben. Dadurch sei die Entwicklung der Städte zurückgeworfen worden, was nun mühsam Schritt für Schritt korrigiert werden müsse. *Zusammenstellung: ulj*

ÖTV Berlin:

Besonders übler Fall von Tarifflucht

Paritätische Tarifgemeinschaft schließt Dumping-Tarifvertrag mit einer Münchner Phantom-Gewerkschaft des Deutschen Beamtenbundes

Zunehmend hat auch die Gewerkschaft ÖTV mit dem Problem der Tarifflucht öffentlicher Arbeitgeber zu tun. Dabei bedienen sie sich willfähriger Organisationen, die zwar den Titel Gewerkschaft im Namen führen, aber nach dem Tarifvertragsgesetz keine solchen sind. Überwiegend findet die Tarifflucht zwar noch in Einrichtungen statt, die im Tarifgebiet Ost, also in den neuen Bundesländern und Ostberlin liegen, weil dort die gewerkschaftliche Gegenwehr als schwach eingeschätzt wird. Aber am Beispiel des Internationalen Bundes (IB) konnte man beobachten, dass die Versuche auch auf andere Bereiche ausgedehnt wird. Auf die Versuche des IB, die Tarife um 10% zu senken, antworteten im vergangenen Dezember die Beschäftigten aus 70 Einrichtungen in 55 Städten mit Streiks und waren erfolgreich in der Verteidigung des Tariflohns.

Die Tatsache, dass die Tarifflucht überwiegend im Tarifgebiet Ost praktiziert wird, bedeutet nicht, dass das Tarifniveau im Westen durchgängig gehalten wird. Hier findet die Absenkung der Einkommen über die Privatisierung und/oder Zerlegung von Betrieben statt, für die dann eigene Tarifverträge mit ÖTV und DAG abgeschlossen werden. In Berlin beispielsweise war dies eine Vereinbarung, die den Ausschluss von betriebsbedingten Kündigungen in Verbindung mit der Absenkung der Einkommen von bis zu 30% und einer (hohen) Abfindung beinhaltete.

Diese Politik ist auch in der ÖTV nicht beliebt und fördert nicht die Mitgliederwerbung. Andererseits gibt es keine wirkliche Gegenposition oder Lösungsvorschläge, wie diese Form von Tarifflucht verhindert werden kann. Aus Presseerklärung und Flugblatt der ÖTV Berlin haben wir den jüngsten Fall zusammengestellt. (har)

Unter den Beschäftigten des Krankenhauses Lichtenberg rumort es. Die Krankenhausleitung hat die Beschäftigten am 11. Januar 2000 mit einem völlig unbekannten Tarifvertrag überrascht, der angeblich die bisher geltenden Tarifverträge mit der Gewerkschaft ÖTV ablöse und die Bezahlung um bis zu 38 % absenke.

Der Arbeitgeberverband "Paritätische

Tarifgemeinschaft" steht derzeit mit der Gewerkschaft ÖTV in Tarifverhandlungen und will dabei unter anderem eine Absenkung der Einkommen erreichen. Parallel zu den laufenden Verhandlungen schloss er nun am 15.12.99 einen Dumping-Tarifvertrag mit der „Gewerkschaft Öffentlicher Dienst und Dienstleistungen“ in München ab, die unter dem Dach des Deutschen Beamtenbundes untergeschlüpft ist.

Die sogenannte Gewerkschaft Öffentlicher Dienst und Dienstleistungen hat nach Erkenntnissen der Gewerkschaft ÖTV Berlin kein einziges Mitglied im Krankenhaus Lichtenberg. Sie lebt davon, Gefälligkeitstarifverträge zu unterschreiben. Folgende Regelungen stehen in dem Dumping-Tarifvertrag:

- Eingruppierung nach subjektiver Bewertung, jederzeit änderbar
- Einseitige Bewertung von Leistungsentgelt
- Kürzung der Monatsgrundentgelte um mehr als 10%, kein Ortszuschlag, keine Zulagen für Kinder, keine allgemeine Zulage
- Wegfall von Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld, Vermögenswirksamen Leistungen, Schicht- und Wechselschichtzuschlägen, Erschwerniszuschlägen
- Arbeitgeber kann einseitig andere zumutbare Aufgaben übertragen
- Lernpflicht außerhalb der Arbeitszeit
- keine tarifliche wöchentliche Arbeitszeit
- Verlängerung der täglichen Arbeitszeit über zehn Stunden
- Ruhezeit auf neun Stunden verkürzt
- Arbeits- und Rufbereitschaft ohne Bezahlung
- Einseitige Verkürzung der Arbeitszeit um 10% durch den Arbeitgeber möglich
- Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung vom ersten Fehltag an
- Kündigungsfristen kürzer als im BGB
- Verfall von Ansprüchen
- Arbeitsbefreiung nur bei Todesfällen und Entbindung

...

Die ÖTV-Betriebsgruppe fordert den Träger des Krankenhauses Lichtenberg, die Paritätische Gesellschaft für Gesundheits- und Sozialdienste mbH (PGGS) auf, den Dumping-Tarifvertrag nicht anzuwenden und aus dem Arbeitgeberverband „Paritätische Tarifgemeinschaft“ auszutreten.

Der Geschäftsführer der PGGS, Reinhard Roß, musste seinen Mitarbeiter-rundbrief vom 11. Januar 2000 bereits korrigieren. Dort hatte er fälschlicherweise behauptet, der Dumping-Tarifvertrag gelte auch für ÖTV-Mitglieder. Das ist nicht so. Die Gewerkschaft ÖTV Berlin hat allen Beschäftigten des der PGGS empfohlen, keinesfalls neue Arbeitsverträge zu unterschreiben. Die PGGS beschäftigt in vier Einrichtungen in Berlin rund 1000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Bisher werden die Beschäftigten nach den Tarifverträgen für die öffentlichen Krankenhäuser Berlins bezahlt. •

Bündnis für Arbeit / Tariffbewegung Metall

Mehr Risiken als Chancen

Die Einschätzungen im bürgerlichen Lager über die Resultate des sog. Bündnisses für Arbeit gehen weit auseinander. Sie reichen vom Urteil, dass Zwickel der klare Verlierer sei (*Stuttgarter Zeitung*), über einen „Teilerfolg“ Zwickels (*dpa*) bis zur Meinung, dass sich Zwickel durchgesetzt habe und die Arbeitgeber ein Desaster erlitten hätten (*Die Welt*). Die Gewerkschaften, die mit den Vorsitzenden von DGB und größten Einzelgewerkschaften sowie DAG im Bündnis vertreten sind, halten sich mit öffentlichen Bewertungen zurück.

Fest steht: Zwickels im Alleingang verfochtenes Konzept einer „Rente mit 60“, „Beschäftigungsbrücke ...“, „Ausstieg mit 60“ konnte in dem Bündnis nicht durchgesetzt werden. Weder konnte die Unternehmenseite auf Tariffonds und auf verbindliche Ansprüche der Beschäftigten auf Ausstieg verpflichtet werden, noch die Bundesregierung auf eine vorausgehende Gesetzesänderung. Außerdem ist Zwickels Versuch, alle Gewerkschaften auf sein Ausstiegsmodell einzuschwören, gescheitert. Die Unternehmenseite bucht als Erfolg ab, dass sich die Gewerkschaften auf eine „beschäftigungsorientierte und längerfristige Tarifpolitik“ festgelegt haben, was in der Öffentlichkeit häufig mit Lohnverzicht gleichgesetzt wird. Und dass sich der Leistungsspielraum künftig an der Produktivitätsentwicklung orientieren soll, was in der IG Metall ein Bruch mit anderslautender Beschlussfassung, Tradition und Selbstverständnis ist.

Warum dann die heftige Kritik z.B. der

Welt an den Bündnisergebnissen? Vermutlich meldet sich hier diejenige Strömung im bürgerlichen Lager zu Wort, die jeglichen Gedanken an Sozialpakete wie Bündnisveranstaltungen oder Konsensgespräche grundsätzlich ablehnt. Für diese Richtung geht es immer noch zu weit, dass Zwickels Stichwort in der Metallbranche wiederaufgegriffen werden kann und nicht beim Kanzler beerdigt wurde, und dass überhaupt im Rahmen einer gemeinsamen Veranstaltung mit Gewerkschaften und Regierung gestritten werden muss. Folgerichtig verlangte die Welt, dass die Arbeitgeberseite jetzt schleunigst dem Bündnis den Rücken kehren soll.

Zwickel hat 1995 die Idee eines neuen Sozialpakts unter dem Namen Bündnis für Arbeit in die Welt gesetzt. Seine Vorstellung war, dass die Gewerkschaften wesentliche Bedingungen für einen solchen Pakt setzen könnten. Er hat damals recht große Voraussetzungen formuliert: Die Unternehmer sollten drei Jahre lang auf betriebsbedingte Kündigungen verzichten, 300.000 neue Arbeitsplätze schaffen, 30.000 Langzeitarbeitslose einstellen und jährlich 5% zusätzliche Ausbildungsplätze schaffen. Die Regierung sollte auf geplante Einschnitte im Sozialrecht verzichten. Im Gegenzug wollte Zwickel sich dafür einsetzen, dass sich dann 1997 die Lohnerhöhungen auf den Ausgleich der Teuerung beschränken und befristete Abschlüsse bei Langzeitarbeitslosen ermöglicht werden.

Von einer – auch nur teilweisen – Realisierung der Forderungen konnte keine

Wirtschafts-
presse

WestLB rechnet mit spürbarem Rückgang der Arbeitslosigkeit in NRW. – *HB, Donnerstag, 18.1.2000.*

– Begünstigt wird der durch eine Untersuchung der WestLB vorhergesagte Rückgang der Arbeitslosen bis 2005 um 300.000 Personen in NRW durch eine niedrigere Beschäftigungsschwelle und eine höhere Intensität des Wirtschaftswachstums. Die Unternehmen in NRW profitierten nach Ansicht der Landesbank-Volkswirte besonders vom Aufschwung in Europa. Außerdem sei auch die Inlands-Nachfrage angesprungen. Unternehmen erweiterten ihren Personalstand erst dann, wenn sie einen Aufschwung für dauerhaft ansähen. Halte der Trend an, käme es auch zu Neueinstellungen.

„Es geht nicht an, sich von der IG Metall veräppeln zu lassen, wie das Arbeitgeberpräsident Hundt mit sich machen lässt“ – *HB, Mittwoch, 19.1. 2000.* – (Zitat von I. Walter, Präsident der deutschen

Bauindustrie). Das Handwerk, die Bauindustrie und die Handelsverbände kritisieren die „teuren Zugeständnisse“ von Arbeitgeberpräsident Hundt im Bündnis für Arbeit. Vor allem I. Walter richtet scharfe Vorwürfe gegen Hundt. Hintergrund seiner Kritik ist die Tarifforderung der IG Metall in Höhe von 5,5 % nur zwei Tage nach der Kanzlerrunde am 9. Januar. Dies zeige, daß die Gespräche einseitig von IG Metall-Chef K. Zwickel dominiert würden. Anlass des Unmuts der Kritiker ist die Befürchtung, trotz großer Zugeständnisse im Arbeitgeberlager bei der Frührente seien die Gewerkschaften, namentlich die IG Metall, zu keiner moderaten Lohnpolitik bereit.

BDI fordert Tarifierhöhungen unterhalb des Produktivitätszuwachses. – *HB, Donnerstag, 20.1.2000.* – Der BDI sieht ein Potenzial für einen Konjunkturaufschwung in Deutschland wie seit fast zehn Jahren nicht mehr. Im ersten Konjunkturreport des BDI im Jahr 2000 heißt es, die Ausschöpfung dieses Potenzials sei

Rede sein. Die Kohlregierung nutzte im Gegenteil das Bündnis aus, um die Gewerkschaften mit weiteren sozialen Einschnitten (Lohnfortzahlung, Kündigungsrecht) zu überfallen. Erst das Ausscheren der Gewerkschaften aus dem Bündnis und der politische Widerstand verschafften wieder einigen Handlungsspielraum. Gestorben war der Gedanke eines neuen Sozialpakts damit aber nicht, und mit dem Regierungswechsel erhielt er wieder Auftrieb. Das Bündnis fand Eingang in das Regierungsprogramm – freilich nach Schröders Vorstellungen.

Schwierige Lage für die IG Metall

Mit seinem Alleingang der letzten Monate hat Zwickel die IG Metall in eine schwierige Lage manövriert. Er hat ohne Rücksicht auf die offene Beschlusslage, Einwände und mögliche tarifpolitische Alternativen den Ausstieg mit 60 zur zentralen Frage auf der politischen und tarifpolitischen Bühne gemacht. Auf die Schwierigkeiten bei der Durchsetzung seines Konzepts hin hat er die Mitarbeit im Bündnis aufgekündigt und doch wieder teilgenommen und schließlich eigentlich unannehmbar Bedingungen unterschrieben. Auf diese Weise wurde eine ganze Gewerkschaft auf allen ihren Ebenen über Monate hinweg zum Statisten gemacht, der staunend die Auftritte und Wendungen des Vorsitzenden verfolgen musste, ohne dass eine Debatte mit Einflussnahme möglich war. Und dabei geht es nicht um Kleinigkeiten. Nach Zwickels eigenem Verständnis ist der Ausstieg mit 60 ein strategisches Konzept, mit dem die Weichen der Tarifpolitik neu gestellt werden. Und das wäre zweifellos der Fall, wenn das Forderungsniveau heruntergeschraubt wird, wenn ein absehbar großer Teil von Lohn-

IG Metall Baden-Württemberg:

Aus der Erklärung der Großen Tarifkommission vom 25. Januar 2000

Wir weisen darauf hin, dass tarifrechtlich nur die Einkommenstarifverträge von uns gekündigt werden konnten und deshalb forderungsrelevant sind. Aufgrund der positiven wirtschaftlichen Rahmenbedingungen:

- der erwarteten Steigerung der Produktivität,
 - der prognostizierten Inflationsrate und
 - den guten Gewinnerwartungen stellen wir eine Forderung im Volumen von 5,5%.
- Innerhalb dieses Volumens fordert die Große Tarifkommission für die Tarifrunde 2000
- die Erhöhung der Löhne und Gehälter,
 - einen Tarifvertrag zum Ausscheiden mit 60.

Die Große Tarifkommission ist sich der Bedeutung und Komplexität der Tarifrunde 2000 bewusst. Sie erklärt ihre Bereitschaft, neben Einkommensverbesserungen Maßnahmen zum Beschäftigungsaufbau zu vereinbaren. Dies setzt einen gleichermaßen konstruktiven Beitrag der Arbeitgeber voraus.

erhöhungen in Tariffonds abgezweigt wird und wenn langjährige Tarifverträge abgeschlossen werden, die der Gewerkschaft dringend nötige Initiativen an anderer Stelle auf lange Sicht versperren. Auf die Schwierigkeiten bei der Durchsetzung des Konzepts antwortet Zwickel mit der Androhung von Lohnforderungen von „bis zu 5,5%“ (für boomende Automobilkonzerne eher niedrig, im Zulieferbereich eher hoch). D.h., es werden Forderungen aufgestellt, die erklärtermaßen im Grunde nicht gewollt sind, sondern nur angedroht, um etwas anderes zu erreichen. Auch dieses Vorgehen schafft Verwirrung und erschwert den gewerk-

schaftlich Aktiven, tätig zu werden: Wer propagiert und begründet schon gerne Forderungen, die vom Urheber im Grunde nicht gemeint und gewollt sind?

Wie geht es weiter?

Noch ist nicht entschieden, auf welche Gegenstände sich die Tariffbewegung in der Metallindustrie tatsächlich zuspitzen wird. Was in den Sondierungsgesprächen zwischen den Beteiligten am Bündnis für Arbeit und auf anderen Ebenen diskutiert wurde und wird, was also als Gegenstand von Tarifverhandlungen auch schon mal unverbindlich in die Hand genommen wird, findet kaum den Weg an die Öffentlichkeit. Aber es sieht danach aus, dass jedenfalls bei Gesamtmetall und der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) grundsätzlich Interesse an einer neuen Regelung für ein früheres Ausscheiden besteht. Strittig sind in jedem Fall der Rechtsanspruch der Beschäftigten und die finanzielle Ausgestaltung (Tariffonds, bei denen auch die Gewerkschaft eine Rolle spielt).

Aus beiden Tarifparteien gibt es auch schon Signale, dass das Weihnachtsgeld stärker an die wirtschaftliche Lage des einzelnen Unternehmens gekoppelt und die vermögenswirksamen Leistungen für private Altersvorsorge umgewidmet werden könnten. Insofern ist hinter dem Pulverdampf der letzten Wochen wahrscheinlich mehr in Bewegung, als von außen sichtbar ist. Das Risiko ist aber groß, dass die gewerkschaftliche Tarifpolitik im Schlepptau des Bündnisses für Arbeit auf lange Sicht so eingeschnürt wird, dass sie auf die ganze Bandbreite der aktuellen Anforderungen nicht mehr reagieren kann. (rok)

aber nur möglich, wenn die Wirtschafts-, Steuer- und Tarifpolitik den konjunkturellen Erholungsprozess durch Reformen unterstütze. Das zu erwartende Wirtschaftswachstum von gut 2,5 % sei „keineswegs hinreichend“ angesichts der hohen Arbeitslosigkeit und der prekären Lage der Sozialsysteme.

Die Beschäftigungsschwelle, ab der sich Wirtschaftswachstum in neue Stellen ummünze, liege bei 2 bis 2,5 %, in der Industrie sogar noch höher.

Unter Hinweis auf die Empfehlungen des Bündnis für Arbeit forderte der BDI, die Unternehmen müssten die Gewissheit bekommen, dass die Tariflöhne für geraume Zeit unter dem Zuwachs der Produktivität bleiben. Nur so könne verhindert werden, dass die konjunkturelle Belegung „erneut unter die Räder“ komme. Die Tarifforderungen der IG Metall von 5,5 % zeigen nach Ansicht der BDI, dass die Bündnisvereinbarung „alles andere sei als ein Selbstläufer zu mehr Beschäftigung und zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit“.

Metallarbeiter in NRW bieten Inflationsausgleich. – HB, Donnerstag, 27.1.2000. – M. Kannegiesser, Chef der Nordrhein-westfälischen Metallarbeiter schloss einen automatischen Anspruch auf Frührente kategorisch aus. Die Forderung der IGM geht dahin, daß jeder Arbeitnehmer mit 35 Versicherungsjahren mit 60 Jahren in den Vorruhestand gehen kann.

Kannegiesser verwies auf das Bündnis für Arbeit, in dem man sich auf Tarifabschlüsse geeinigt habe, die am gesamtwirtschaftlichen Produktivitätszuwachs orientiert seien. Dieses liege lt. Sachverständigenrat bei 2,6 %. Kannegiesser warnte die IG Metall davor, in ihrer Forderung Produktivitätssteigerungen zu berücksichtigen, die durch den Abbau von Arbeitsplätzen entstanden seien. ... Der kommende Tarifabschluss müsse eine mehrjährige Laufzeit haben, um für die Metallarbeiter akzeptabel sein zu können. Ferner forderte er die Option eines erfolgsbezogenen Weihnachtsgeldes.

Handwerk: Hohe Lohnforderungen widersprechen dem Geist der Bündnisrunde. – HB, Samstag/Sonntag, 28./29.1.2000. – D. Philipp, Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks (ZDH), betonte, jede Vereinbarung, die eine Rente mit 60 ermögliche, sei für die mittelständische Wirtschaft ein zu hoher Preis. Jetzt probiere die IG Metall nicht nur die Durchsetzung der Rente mit 60, sondern habe zusätzlich die Erwartung der Mitglieder mit Lohnforderungen von 5,5 % angeheizt. Demgegenüber beinhalte die gemeinsame Erklärung der Bündnisrunde vom 9.1. einen Vertrauensvorschuss für vernünftige Lohn- und Tarifpolitik.

D. Hundt (BDA): IG Metall-Tarifforderung ist eine Ohrfeige. – Die Arbeitgeber erneuerten ihre Kritik an der Tarifforderung der IG Metall. Gesamtmetallchef W. Stumpfe: die Tarifabschlüsse dürften nicht wieder zur Rationalisierungspeitsche gegen die Arbeitsplätze werden. *Presseauswertung: rst*

Wirtschaftssubjekt Arbeitnehmerhaushalt und Lohnforderung

Die Lohnbewegungen dieses Jahres sind - siehe auch Berichte auf den vorhergehenden Seiten - durch Koppelgeschäfte zwischen Sozialpolitik und Tarifpolitik gekennzeichnet so wie auch durch die Realität großer Einkommensverluste durch Tarifflucht, bei Gelegenheit von Übernahmen usw. Im folgenden wird versucht, von der Vielfalt der Motive, die in der Bewegung verarbeitet werden müssen, etwas auszubereiten. Betrachtet wird zunächst der „Arbeitnehmer“ als „Wirtschaftssubjekt“.

Die Reproduktion der Arbeitskraft geht als Reproduktion der Lebensweise vor sich. Die wirtschaftliche Lage Lohnabhängiger ergibt sich in Arbeitnehmerhaushalten, deren Lebensweise mit der beruflichen Stellung zusammenhängt und Generationen und Geschlechter auf je typische Weise vergemeinschaftet. Lohnabhängige beurteilen ihre wirtschaftliche Lage danach, ob ihre Lebensweise bedroht wird und eingeengt ist oder gesichert und für Entfaltung offen erscheint.

Eine spezifische Lebensweise basiert auf dem „kulturellen Kapital“ (Bourdieu), das der vergemeinschaftete Verband repräsentiert. Sie kann aber nur durchgehalten werden, wenn Geld da ist, um die dazu gehörigen Wirtschaftsgüter auf dem Markt zu kaufen, dazu öffentlich garantierte Angebote wie Schule, Infrastruktur, Umwelt etc. und schließlich noch Risikoabsicherungen.

Die Kombination solcher wirtschaftlicher Gegebenheiten schlägt sich in der

Lebensplanung nieder, in aktuellen Überlegungen zur Haushaltsführung genauso wie in der Perspektivplanung von Bildung, beruflicher Laufbahn, Vermögensbildung, Altersvorsorge usw.

Die gewerkschaftlichen Lohnbewegungen und die von ihnen erstrittenen Lohnhöhungen erscheinen in diesem weiten Feld wirtschaftlicher Momente gerade mal als ein Faktor unter vielen, nicht einmal entscheidend wichtig, besonders nicht, wenn die Inflationsrate niedrig ist.

Wenn Sicherung/Entfaltung/Überwindung der Lebensweise, wie hier vermutet, die entscheidenden Motive der Strategiebildung sind, ergeben sich als deren einzelne Faktoren die folgenden:

- Der Zugang zu einer Beschäftigung, die zu dem akkumulierten Kulturkapital passt, seine Reproduktion und gegebenenfalls weitere Akkumulation zulässt.
- Zahlungskraft, um die zur Reproduktion spezifisch nötigen Waren und Dienste auf dem Markt kaufen zu können.
- Öffentlich oder durch Umlage finanzierte Risikoabsicherung.
- Berechtigter Zugang zu öffentlichen oder halböffentlichen Einrichtungen, die konkrete Reproduktionsbedürfnisse absichern.

Eine sinnvolle Strategie zur Stabilisierung und Entwicklung der Lebensweise wird diese vier Momente (in Schlagworten Arbeitsplätze! Einkommen! Sozialleistungen! Öffentliche Dienste!) berücksichtigen.

Die Basis jeder individuellen Strategie ist die Beschäftigung oft in Verbindung mit Erwartungen beruflicher Verbesserung. Strategisches Handeln in diesem Sinne setzt nicht notwendig auf Verdrängungskonkurrenz. Wachstum der Branche, Wechsel der Generation schaffen Aufstiegssituationen, die nicht auf der gezielt absichtlichen Verdrängung von Kollegen beruhen. Die Strategie, die eigene Lebenslage durch berufliche Verbesserung zu entwickeln, sieht sich meistens nicht im Gegensatz zu der Forderung kollegialen oder solidarischen Verhaltens.

Entfällt auch nur für eine Person im Familienverband die angemessene Beschäftigung, wird die Lebensweise materiell und ideell (moralische Entwertung des repräsentierten Kulturkapitals) ein-

schneidend gefährdet. Rückgang der Nachfrage nach Arbeitskraft bzw. Überangebot von Arbeitskraft wirkt sich - spätestes - über die weit verästelten sozialen Beziehungen des Arbeitnehmerhaushaltes auf jeden einzelnen aus und bedroht die Sicherheit seiner Lebensweise. In den letzten Jahren ist es oft und oft vorgekommen, dass Abteilungen, Standorte, Firmen, ganze Konzerne ganz erhebliche Lohneinbussen akzeptierten, um „die Arbeitsplätze zu erhalten“.

Die kollektiven Lohn- & Gehaltsforderungen beziehen sich auf die historisch gewachsene Tarifstruktur, in der das durch die Arbeitskräfte verkörperte Kulturkapital auf einen Katalog abrufbarer Arbeitsleistungen reduziert und hierarchisch geordnet wird. Aber trotz der erheblichen Unterschiede der Stellung im Arbeitsleben und der damit verbundenen Möglichkeiten von Lebensplanung führen die kollektiven Forderungen zu einem „gleichen“ Ziel: Stabilisierung der Lebensweise, bzw. Spielraum für die Lebensplanung, obwohl die Geldbeträge, die dabei „herauskommen“, sehr verschieden sein können. Trotz der sehr großen Bereitschaft, Lohn- & Gehaltsdifferenzierungen anzuerkennen, erhalten die Lohnbewegungen nach wie vor einen entscheidenden Impuls durch die Formulierung von Grundbedürfnissen, die auch noch das niedrigste tarifierte Einkommen absichern muss.

Niedrige Lohneinkommen gehen mit hohem Beschäftigungsrisiko Hand in Hand. Hohes Beschäftigungsrisiko macht umlagefinanzierte Versicherungen überlebenswichtig.

Hohe Lohn- & Gehaltseinkommen setzen auch große Ansprüche an das öffentliche Umfeld, Schule, Kultur, Umwelt usw., das bedeutet ein Interesse an öffentlichen Gütern.

Für die Durchschlagskraft einer Lohnbewegung sind daher folgende Fragen bedeutsam: Ob und wie der geforderte Abschluss sich auf die Beschäftigungslage auswirkt? Ob die Forderung die Absicherung der materiellen Grundbedürfnisse berücksichtigt? Was die Folge für die umlagefinanzierten Versicherungen wäre? Was die Folge für die öffentlichen Haushalte wäre?

Am Ausgangspunkt der Lohnbewegung steht die individuelle Lebens- bzw. Überlebensstrategie. Es zeigt sich aber schnell, dass allgemeine, die ganze Klasse der Lohnabhängigen betreffende Faktoren die Durchschlagskraft ausmachen.

In der nächsten Ausgabe der Politischen Berichte wollen wir darstellen, welche Theorien über den Zusammenhang von Lohnbewegungen und Beschäftigung z.Zt. gelten und auch, welche Daten sich in der Geschichte der BRD ergeben haben.

alk/maf



PB 4:GEWERKSCHAFTLICHES:
Theorien u. Daten zu Lohnbewegung und Beschäftigung

PB 4: REGIONALES: Ausländerpolitik. Nimmt die Repression ab?

Anfragen/Vorschläge an:
email: pb@gnn-verlage.de oder
Fax: 0821/2620179

maf

Zu „Multikulti“ gehört Gleichberechtigung – politisch und kulturell

Giyasettin Sayan

Kurdische Vereine haben eine Petition an den Bundestag gestartet. Sie wollen Zehntausende, vielleicht hunderttausend Unterschriften sammeln, um ihre Anerkennung als Minderheit nach dem „Rahmenabkommen des Europarats zum Schutz nationaler Minderheiten in Europa“ zu erreichen.

Die Verfolgung und Repression, der die kurdische Bevölkerung im Mittleren Osten ausgesetzt ist, dürfe nicht bis Europa reichen. Europa, die deutsche Politik müsse den hier lebenden Menschen kurdischer Herkunft – allein bei uns leben ca. 500.000 Kurden, in ganz Europa vielleicht eine Million – die Pflege ihrer Kultur und Sprache ermöglichen. So könne auch ein Signal in den Mittleren Osten gesendet werden zur Lösung der kurdischen Frage dort.

Die kurdischen Vereine regen damit eine Diskussion an, die über die kurdische Frage hinausreicht. Für uns alle stellt sich

die Frage, wie das Zusammenleben zwischen „EU-Bürgern“ und den Millionen Migrantinnen und Migranten, die in den letzten Jahrzehnten geholt wurden oder zu uns flohen, gestaltet werden soll. Migration ist keine vorübergehende Erscheinung. Sie ist ein Kennzeichen aller modernen Industriegesellschaften.

Die PDS und andere Linke haben als Schlagwort für dieses Zusammenleben den Begriff „Multikulti“. Aber multikulturelles Zusammenleben ist auf Dauer nur möglich auf Basis von Gleichberechtigung. „Multikulti“ kann nicht bedeuten, dass die einen Staatsbürger mit allen Rechten sind, entscheiden, anordnen und befehlen, während die anderen die Müllabfuhr und andere schlecht bezahlte Arbeit machen, unseren Speiseplan anreichern, unseren Alltag mit fremder Folklore bunt gestalten, ansonsten aber gehorchen. Wenn wir Multikulti ernst nehmen, dann müssen die Menschen aus verschiedenen Kulturen, die auf Dauer in diesem Land leben, gleichberechtigt sein. Nicht nur politisch, auch kulturell.

Ein Staatsbürgerschaftsrecht, das allen Menschen, die hier leben, die Staatsbürgerschaft und die damit verbundenen Rechte einräumt, ist für die PDS selbstverständlich – wenngleich noch nicht erreicht. Aber, wie ein US-Politikwissenschaftler von der Berliner „American Academy“ Ende 1998 im Berliner „Tagesspiegel“ richtig bemerkte: Damit fängt ernsthafte Minderheitenpolitik überhaupt erst an. Volle Staatsbürgerrechte für alle hier Lebenden ist nur der erste Schritt. Organisation des gleichberechtigten Miteinanders vieler Kulturen ist der nächste, der jetzt diskutiert werden muss.

Wie soll dieses „Multikulti“ aussehen? Die Geschichte liefert uns Beispiele. Alle Hochkulturen Europas – das alte Rom, große Städte des Mittelalters wie Venedig, Genua, Paris, London oder Prag – waren „multikulturell“. Sie verstanden es, die Vielfalt vieler Kulturen zu einem produktiven Miteinander zu gestalten. Prag war bis zur gewaltsamen Okkupation durch die Nazi-Wehrmacht eine „multi-

Kurdinnen und Kurden in Deutschland fordern ihr Recht

Petition an den Deutschen Bundestag

500.000 Menschen kurdischer Abstammung leben in der Bundesrepublik. Jeder Dritte von uns ist deutscher Staatsbürger. Wir sind 150.000 deutsche Staatsbürgerinnen und Staatsbürger kurdischer Abstammung und haben einen Anspruch auf Achtung und Anerkennung unserer Kultur, unserer Sprache und unserer nationalen Herkunft.

1998 ist die „Charta der nationalen Minderheiten“ des Europarats auch für die BRD in Kraft getreten. Diese Charta gewährt nationalen Minderheiten Anspruch auf Förderung und Anerkennung ihrer Kultur, ihrer Traditionen, ihrer Sprache. Wir wollen diese Rechte auch für uns. Wir haben ein Recht auf Anerkennung unserer Kultur und Sprache in Europa.

Das hat auch das Europaparlament wiederholt beschlossen. Wir erinnern an die Entschließung A3-0192/92 vom 12. Juni 1992 „zu den Rechten des kurdischen Volkes“, in der das EU-Parlament fordert, „den kurdischen Immigrantinnen und Immigranten in der Gemeinschaft ihre kulturellen Rechte zu ge-

währen, ihre Sprache zu fördern, Radio- und Fernsehsendungen in kurdischer Sprache zu ermöglichen und die Hindernisse zu beseitigen, die es kurdischen Eltern unmöglich machen, ihren Kindern kurdische Namen zu geben.“ (Amtsblatt der EU, 13.7.92) Wann wird endlich diese Entschließung umgesetzt?

Wir leben in einem demokratischen Europa. Wir wollen nicht, dass unsere Nationalität, unsere Sprache und Kultur hier ebenso unterdrückt wird wie in unseren Herkunftsgebieten im Mittleren Osten. Dort werden wir bis heute grausam unterdrückt, ist unsere Sprache verboten, werden unsere Parteien, Zeitungen und Zeitschriften verfolgt, gibt es keine Schulen in unserer Sprache, können unsere Dichter, Musiker, Schriftsteller, Wissenschaftler bis heute nicht in unserer Sprache veröffentlichen. Von Europa muss ein Signal ausgehen, dass diese Verfolgung von Kurdinnen und Kurden nicht länger hingenommen wird.

Wir bestehen auf der Einhaltung von Artikel 3 des Grundgesetzes. Dort heißt es: „Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich ... Niemand darf wegen ... seiner Heimat und Herkunft ... benachteiligt oder bevorzugt werden.“ 150.000 Kurdinnen und Kurden mit deutscher Staatsbürgerschaft haben den gleichen Anspruch auf Achtung und Förderung ihrer Nationalität, ihre Traditionen, Sprache und Kultur wie die sorbische, dänische, friesische Minderheit und die Minderheit der Roma und Sinti in die-

sem Land seit Jahren schon.

Wir fordern deshalb:

- die kurdische Minderheit in Deutschland als Minderheit gemäß der „Charta der nationalen Minderheiten“ des Europarats von 1998 anzuerkennen;
- Unterricht in kurdischer Sprache in geeigneter Weise (z.B. als muttersprachlichen Unterricht) an öffentlichen Schulen, die von kurdischen Kindern besucht werden;
- einen angemessenen Anteil in den öffentlichen Rundfunk- und Fernsehprogrammen für unsere Kultur und Sprache;
- kurdische Sprachkurse, kurdische Bibliotheken, kurdische Bücher und Zeitschriften, das Recht auf Vergabe kurdischer Namen für unsere Kinder
- kurz: alle die Rechte, die die „Charta der nationalen Minderheiten“ vorsieht. Wir wollen keine Privilegien. Wir bestehen aber auf unserer Anerkennung als kurdische Minderheit. Wir wollen die gleichen Rechte wie andere Minderheiten in diesem Land.

Erstunterzeichnende: Kurdische Gemeinde zu Berlin e.V. / Kurdische Gemeinde in Deutschland e.V. / HOYBUN / YEK-KOM / Deutsch-Kurdischer Freundschaftsverein Berlin e.V.

Kontakt und Unterstützungsunterlagen an: Deutsch-Kurdischer Freundschaftsverein, Weydinger Str. 14-16, 10178 Berlin, Fax 030-24009469

kulturelle“ Stadt aus Deutschen, Tschechen, Juden, Slowaken. Erst die NS-Okkupation machte diesem Zusammenleben ein furchtbares Ende: durch den Holocaust an den Juden und den zum Glück vergeblichen, aber unerhört leidvollen Versuch der „Germanisierung“ Tschechiens. Ein Zusammenleben mit der deutschen Minderheit, die an den Verbrechen des Naziregimes beteiligt war, war danach nicht mehr möglich.

Heute ist die Bundesrepublik wieder „multikulturell“. 8 Millionen MigrantInnen kamen in den letzten Jahrzehnten, der größte Teil will – entgegen den Erwartungen der Firmen und Politiker, die sie holten – hier bleiben. Alle großen Metropolen der Welt – London, New York, Paris – sind „multikulturell“. Die EU ist ein multikulturelles Projekt. Ein Rückfall in monolithische Nationalkulturen wird von allen fortschrittlichen Menschen abgelehnt.

Bei den Kurden gibt es ein schönes Wort: Kurdistan, im Herzen des Mittleren Ostens, sei ein bunter „Blumengarten“ von Religionen, Nationen, Kulturen. Wir müssen diesen „Blumengarten“ hier bei uns organisieren – in Deutschland und in Europa. Dieser „multikulturelle“ Garten ist auch unsere Antwort auf den Rassismus der Rechten, die Feindschaft und Hass zwischen Kulturen und Nationen säen will und eine neue nationalistische Hierarchie von Herrenmenschen und Untermenschen. Die Politik der „Assimilation“, der „Eindeutschung“, der „Germanisierung“ der über 8 Millionen MigrantInnen, wie sie von CDU/CSU, FDP und weiter rechts stehenden Parteien propagiert wird, ist gescheitert. Sie führt durch Missachtung und Diskriminierung nur zu neuen Ghettos.

Einen Beitrag zu diesem gleichberechtigten „Blumengarten“ könnte das „Rahmenabkommen des Europarats für den Schutz nationaler Minderheiten in Euro-

pa“ leisten. Anfang 1998 trat es in Kraft. Es schreibt vor, dass die 41 Staaten, die dem Europarat angehören – inklusive Russland, Zypern und die Türkei – den auf ihrem Gebiet lebenden nationalen Minderheiten die Pflege ihrer Kultur, ihrer Sprache und Gebräuche ermöglichen und sie fördern müssen. Das umfasst das Recht auf eigene Schulen, Schulklassen oder Unterricht in eigener Sprache, sofern eine entsprechende Zahl von Angehörigen einer Minderheit im Einzugsgebiet einer Schule liegt, auf Benutzung ihrer Sprache, auf Bibliotheken, Bücher, Medien usw.

Die Bundesrepublik hat dieses Abkommen unterschrieben. Aber sie erkennt nur vier Minderheiten an: Dänen, Friesen, Sorben sowie Roma und Sinti mit deutschem Pass. Während Schily das deutsch-dänische Zusammenleben mit dänischen bzw. deutschen Schulen beiderseits der Grenze, Bibliotheken, einer dänischen Partei im Landesparlament des nördlichsten Bundeslandes als „Vorbild für Europa“ preist, sind durch diese künstlich enge und willkürliche Definition von „Minderheiten“ mehr als 90% der hier lebenden MigrantInnen von ihnen zustehenden Rechten aus diesem Abkommen ausgeschlossen. Die als Begründung von der Bundesregierung genannte Unterscheidung zwischen „traditionellen“ und „neuen“ Minderheiten ist auch in der juristischen Fachpresse umstritten. Auf jeden Fall ist sie für Migrantinnen und Migranten mit deutscher Staatsbürgerschaft ein Verstoß gegen das Gleichheitsgebot – Artikel 3 Grundgesetz. Wie absurd, willkürlich und auch vertragswidrig die derzeitige Politik ist, macht ein Blick auf die polnische Minderheit deutlich. Obwohl das deutsch-polnische 2+4-Abkommen eine Gleichbehandlung der Minderheiten beiderseits der Grenze verlangt, werden die fast eine Million Menschen polnischer Her-

kunft bei uns nicht als nationale Minderheit anerkannt, erhalten kaum Förderung, während gleichzeitig Jahr für Jahr Millionengelder – oft über politisch weit rechts stehende Kreise – aus dem Bundeshaushalt an die deutsche Minderheit in Polen fließen.

Es ist höchste Zeit, dass sich die Linke bei uns daran macht, gemeinsam mit den Migrantinnen und Migranten dieses Unrecht zu beseitigen. Die vielen Schikanen, Zurücksetzungen, Diskriminierungen, die immer noch anhalten Nichtbeachtung der Probleme, aber auch der speziellen Erfahrungen und Leistungen dieser Menschen zum Zusammenleben in diesem Land müssen aufhören. Die Politik der „Germanisierung“ und „Christianisierung“ aller, die hier leben, muss ein Ende haben. Das heißt nicht, um ein bekanntes Reizthema der Berliner CDU aufzugreifen, dass diese Menschen nicht die deutsche Sprache lernen sollen. Niemand leidet mehr unter der mangelnden Kenntnis der deutschen Sprache als diese Menschen. Die Gewerkschaften in der alten Bundesrepublik hatten deshalb schon vor 30 Jahren gefordert, jedem „Gastarbeiter“ Sprachkurse zu ermöglichen, die der Arbeitgeber bezahlen soll.

Multikulti bedeutet: multikulturelles Miteinander unter *gleichberechtigten* Kulturen, Nationalitäten. Die Ausdehnung des Rahmenabkommens des Europarats auf alle großen, in der Bundesrepublik lebenden Kulturen und Nationalitäten, die türkische, kurdische, polnische, griechische und alle anderen, das muss eine Antwort der Linken auf den gewalttätigen und menschenverachtenden Nationalismus und Rassismus der Rechten sein.

Giyasettin Sayan ist migrationspolitischer Sprecher der PDS im Berliner Abgeordnetenhaus und Mitglied der Landes-AG Migration/ Flüchtlinge der PDS Berlin. Sein Artikel erschien am 21. Januar bereits im „Neuen Deutschland“.

IN UND BEI
DER PDS

Zur schikanöse Behandlung von Egon Krenz durch Berliner Justiz erklärt Hans Modrow:

„Die Verlegung von Egon Krenz aus dem offenen Strafvollzug in Berlin-Hakenfelde in das geschlossene Gefängnis von Plötzensee und die Absicht, ein psychologisches Gutachten über ihn erstellen zu lassen, können nur als weitere Schikanen der Berliner Justiz gegen den ehemaligen DDR-Staatsratsvorsitzenden bezeichnet werden. Mehr als schäbig ist die „Begründung“ für diese Maßnahmen, daß bei Krenz im Falle eines Freigangs die Begehung von Straftaten zu befürchten sei. Ganz offensichtlich sind das kleinkarierte Racheakte dafür, daß Krenz vor den Gerichten der Bundesrepublik seiner Überzeugung treu geblieben ist.“

„Die PDS wird gemeinsam mit den Bür-

gerinitiativen gegen die **Castor-Transporte** politischen Widerstand leisten“ erklärte die niedersächsische Landesvorsitzende Dorothee Menzer im Pressedienst.

Die **Bundesschiedskommission** befaßte sich mit einem Antrag von Dr. Dieter Götze, der die Haltung des PDS-Parteivorstandes zu den **UN-Militäreinsätzen** für programm- und statutenwidrig hält. Sie lehnte den Antrag ab. Interessant sind weniger die ablehnenden Argumente, sondern die Empfehlungen:

„Allein deshalb wäre nach Ansicht der Bundesschiedskommission dem Vorstand zu raten gewesen, den Parteirat in die Beschlussfassung einzubeziehen. Der Parteivorstand hat auf Bitten der Bundestagsfraktion eine Stellungnahme zu deren Position in einer Einzelfrage beschlossen und diesen Beschluss zur Diskussion gestellt. Mit gleichem Recht

können sich Mitglieder oder andere Gremien der Partei, Landesvorstände oder der Parteirat, per Äußerungen oder Beschluss gegen die Ansicht des Parteivorstandes stellen. Dies allein kann nicht als Ausdruck mangelnder Transparenz interpretiert werden, jedenfalls nicht im Sinne geheimer ‚Unterminierung‘ gefestigter PDS-Positionen. Für den Parteirat hätte ein aus dessen Sicht politisch unakzeptables Verhalten des Parteivorstandes die Möglichkeit des Einspruchs eröffnet. Wenn der Parteirat mit dem verabschiedeten Beschluss weitreichende politische Konsequenzen verbindet und, vor allem, in diesem eine Abweichung von durch den Parteitag formulierten politischen Richtlinien sieht, so hätte er formell Einspruch einlegen können. Zuletzt ist es dem Parteirat unbenommen, ohne Weiteres mit Zweidrittelmehrheit einen Sonderparteitag zu fordern.“

Zusammenstellung: jöd

Solidarität jenseits nationalen Denkens – linke Kritik an der PKK ist möglich und notwendig

In der vorigen Ausgabe der Politischen Berichte hatten wir einen Artikel von Sabine Skubsch „Zur Rezeption der PKK in der bundesdeutschen Linken“ veröffentlicht. Die angesprochene „gruppe demontage“ hat darauf geantwortet, aus Platzgründen stark gekürzt, veröffentlichen wir diese Replik.

Nationale Befreiung als „Modernisierung“

Skubsch wirft uns vor: „Auch die angestrebte Universalkultur eines ‚kosmopolitischen Kommunismus‘ (gruppe demontage) wird letztlich die Merkmale der Kultur tragen, die sich durchgesetzt hat“. Sie geht anscheinend davon aus, Kultur sei eine existenzialistische Kategorie – eine wird gewinnen. Für uns ist kosmopolitischer Kommunismus nur möglich mit einer Absage an Identitätspolitik. Es geht um eine Befreiung, die sich nicht mit dem Bild von kultureller Differenz begründen lässt: „Uns geht es dagegen um einen kommunistischen Kosmopolitismus, der gegen das Dogma des Selbstbestimmungsrechtes der Völker einen grenzüberschreitenden Kommunismus fordert. Gegen die nationalistischen und antisemitischen Fallstricke des klassischen Antiimperialismus und Traditionsinternationalismus sehen wir für eine Metropolenlinke den weltweiten Kampf gegen Patriarchat, Kapitalismus und Nation als vorrangig an. Eine antinationale Linke, die nicht internationalistisch ist, kann auf Dauer nicht existieren. Und umgekehrt: Ohne Bekämpfung der deutschen Nation kein revolutionärer Internationalismus.“ (Postfordistische Guerilla, S. 242).

Skubsch schreibt, bei unserem Ansatz, den sie als Kulturuniversalismus sieht, würde mittels der Aufklärung, der Modernitätsdifferenz oder der feministischen Kritik durch die Hintertür der Ethnozentrismus wieder hereingeholt werden.

Auf die Belege zum Ethnozentrismus sind wir gespannt: Wir schreiben beispielsweise nie von „Modernitätsdifferenz“. Wo Skubsch selbst in ihrem Text von „Modernisierung“ schreibt, dient dies der Beschreibung der PKK. Diese hängt in ihrem Programm von 1995 Modernisierungsvorstellungen an, wie sie für sowjetische Entwicklungsstrategen typisch waren: Da ist von zentraler Planung die Rede, und: „Im Bereich des gesellschaftlichen Eigentums soll der Entwicklung der Schwerindustrie Priorität zugewiesen werden.“ Wenn die PKK noch 1995 munter in einen fordistischen Staatskapitalismus marschieren wollte,

bietet dies unserer Meinung nach mehr Anlass zur Kritik als uns die Kategorie „Modernitätsdifferenz“ unterzujubeln, nur weil wir vom Kommunismus nicht lassen wollen. Von einem Kommunismusbegriff, der sich im übrigen von dem durch Stalin geprägten fundamental unterscheidet – was durch unseren positiven Bezug auf ein antisemitisch und völkisch geprägtes Lieblingsfeindbild von Stalin, den Kosmopolitismus, eigentlich deutlich werden sollte.

Skubsch bezieht sich positiv auf Fanons Konzept der Schaffung einer algerischen Nation im antikolonialen Befreiungskampf gegen Ethnisierung und „Tribalismus“. Dort findet sich auch ihr einziges Zugeständnis an antinationale Kritik: Das bei der Homogenisierung zur Nation die sozialen Widersprüche in selbiger verwischt werden. Auch die PKK bekämpfe den Feudalismus in Türkei-Kurdistan mit der Idee der kurdischen Nation. Die von ihr in Bezug auf Fanon benutzte Entgegensetzung von zurückgebliebenen Stämmen – was Skubsch mit Tribalismus meint – und fortschrittlichen Nationen ist eine evolutionistische Denkweise, die gemeinhin der modernisierungstheoretischen Legitimation der kapitalistischen Metropolen dient. Wenn sich in den 50ern Fanon und in den 90ern die PKK auf eine derartige Vorstellung von nachholender Entwicklung beziehen, können wir darin nichts Befreiendes erkennen. So berechtigt das Anliegen im kapitalistischen Wettbewerb sein mag, eine eigene Nation zu kreieren, so wenig bricht dies mit der Logik bürgerlicher Herrschaftsformen.

Skubsch wirft uns vor, als Metropolenlinke unsensibel zu sein für sozialen Wandel anderswo. Direkt danach folgt dann aber der Verweis auf das PKK-Programm von 1995 und die Verteidigungsrede von Öcalan vor Gericht. Bleiben wir mal sensibel bei besagtem PKK-Programm, Abschnitt „Die Phase der nationalen Befreiung“: „Die Entstehung unserer Partei... Sie leitete eine neue Phase ein, nämlich jene Phase, welche gekennzeichnet ist vom Ende der entwickelten kolonialen Hegemonie und vom Ende der nationalen Vernichtung, die mit Widerstand die nationale Identität verteidigt und den nationalen Befreiungskampf propagiert.“ Gerade dieses Programm gibt nun wirklich wenig anderes her als den Willen zur eigenen Nation. Und Öcalans Verteidigungsrede? Er würde dort kurdisch-nationalistischen Standpunkten eine schroffe Absage erteilen, behauptet Skubsch. Seine Verteidigungsrede wurde auf dem außerordentlichen

Kongress der PKK prompt als ein neues Manifest der Partei angenommen. Öcalan wandte sich in seiner ersten Verteidigungsrede aber weniger emanzipatorischen Anliegen zu, als dass er der PKK die Anpassung an die Verhältnisse empfahl: „Anstatt die neue Weltordnung, die im wesentlichen von den USA geprägt ist, zu bekämpfen, ist es realistischer, innerhalb dieses Systems einen politischen Kampf zu führen.“¹

Und in seiner neuen Verteidigungsrede vom 21.10.99 geht Öcalan – und mit ihm die PKK – nach wie vor von der Einteilung in Völker aus: „Welcher Name auch immer dem Faktum gegeben wird, das wir als kurdisches Volk bezeichnet wissen wollen: Die permanente Unterdrückung und Verleugnung ihrer Realität ignoriert völlig jede Art von Philosophie, Recht, Politik, Moral und Religion.“ An anderer Stelle führt er aus, wie eine Lösung aussehen könnte: „Auf dem afrikanischen Kontinent konnte Südafrika nach langen Kämpfen die Probleme der verschiedenen Rassen, Religionen und ethnischen Unterschiede durch den Sieg des demokratischen Systems einer Lösung zuführen. In Asien hat Russland durch eine entwickelte Föderation religiöse, sprachliche und ethnische Differenzen gelöst. Weltweit anzutreffende weitere Beispiele dafür, dass ein starker Staat realisiert werden kann, indem die größte Freiheit und Gleichheit der unterschiedlichsten freien Gedanken, Überzeugungen und Kulturen richtig praktiziert wird, sind Neuseeland und auf dem amerikanischen Kontinent sogar selber die USA: hier ist durch die Gemeinschaft fast aller Sprachen, Religionen und Nationen ein fast föderativ zu nennendes Weltsystem entstanden.“²

Was Skubsch beschönigend als „Konzept der ‚Demokratisierung der Türkei‘“, beschreibt, das keine partikularen kurdischen Lösungen bedeute, würde unserer Meinung nach genügend Debattenstoff für eine Kurdistan-Solidarität von linken AktivistInnen bedeuten. Öcalans beschönigende Darstellung der USA als „Gemeinschaft von Nationen“ dokumentiert seinen Abschied selbst vom plattesten Antiimperialismus.

Dass Skubsch sich wie die Mehrheit der Kurdistan-Solidarität aber zu keiner Hinterfragung der haarsträubenden Entwicklung der PKK insbesondere im letzten Jahr veranlasst sieht, sondern ihr Text alleine der Abwehr von antinationaler Kritik dient, lässt wenig hoffen auf eine dringend notwendige Hinterfragung der PKK-Politik.

Die PKK ist auf dem Weg hin zu einer

regionalistischen Ethno-Lobby – bei der Transformation von einer Guerrilla zu einer Partei trennt sie sich weder von ihrer volkstümelnden Programmatik noch von ihrem Personenkult. Was über Bord geht, ist der Rest an antikolonialer Rebellion, den die PKK trotz ihrer Programmatik in Türkisch-Kurdistan und den Geçekondus in der Westtürkei für viele als KurdInnen Diskriminierte noch bedeutet hat. Früher stellte die PKK den Kemalismus, die nationalchauvinistische Staatsdoktrin der Türkei, in Frage. Aber der Antikemalismus der PKK, der auch für die türkische Linke ein wichtiger Impuls war für ihren Bruch mit der nationalen Staatsdoktrin, ist Geschichte.

Öcalan erklärte bereits in seinem ersten Prozeß am 31. Mai: „Die Kurden können ihren Platz in einer demokratischen Republik finden.“ Denn: „Hier gibt es politische Freiheit ... Das einzige Problem sind Sprache und kulturelle Identität.“³ Dass Abdullah Öcalan die Türkei lobt, könnte seine persönliche Prozessstrategie sein – wenn nicht der PKK-Präsidialrat dafür sorgt, das alle seine Äußerungen von der gesamten PKK mitvertreten werden müssen. Osman Öcalan, Bruder des Chefs und Mitglied des PKK-Präsidialrates, erklärte Ende Oktober: „Ein Wort von ihm genügt, damit wir eine Entscheidung treffen. Als ich sagte, dass die Freiheit unsere Religion ist und der Vorsitzende unser Prophet, habe ich das nicht umsonst gesagt.“⁴ Osman Öcalan plaudert im zitierten Interview auch unbekümmert über die vom Verbot bedrohte Wahlpartei HADEP: „Ohne die Zustimmung der PKK kann die HADEP gar nichts tun. Das heißt, zwischen dem Volk und der PKK gibt es keinen Unterschied. Das Volk tut das, wozu es die PKK auffordert.“ Was tut dabei schon der Unterschied zwischen einer legalen Wahlpartei und einer klandestinen Guerrilla zur Sache? Die zwei größten Probleme der HADEP, die bei den Parlamentswahlen im April 99 türkeiweit 4,7% der Stimmen erhielt und in den Kriegsprovinzen zahlreiche Bürgermeister stellt, sind staatsterroristische Aktivitäten – allein im Wahlkampf wurden zehn ihrer Aktiven ermordet – und die ständige Verbotsdrohung.

Skubsch wirft uns vor: „Unfähig, die PKK im Kontext widersprüchlicher sozialer Prozesse zu analysieren, fordert die ‚gruppe demontage‘ in ihrer Abrechnung mit dem ‚Mythos nationaler Befreiung‘, Solidarität, an der PKK vorbei zu üben.“

Skubsch baut in ihrem Text ein Bild von MigrantInnen auf, das diese wieder in ein Stereotyp presst: „Aber MigrantInnen, ... die meinen, ihre Würde nur in einem verzweiferten Festhalten an alten Traditionen erhalten zu können, eignen sich nicht für romantische Projektionen.“ Skubsch geht anscheinend davon aus, es gäbe statische alte Traditionen, an welchen sich „die“ MigrantInnen aus Türkisch-Kurdistan verzweifelt festhalten. Dieses Bild hat wenig mit der Viel-

falt von Lebensentwürfen und Identitäten gemein, die es unter MigrantInnen gibt. Gerade die fließenden Übergänge, die es für MigrantInnen der zweiten und dritten Generation zwischen Identitäten gibt, lassen sich mit nationaler Zuordnung nicht fassen. Dass es dabei vielfach eindeutig national aufgeladene Selbstzuschreibungen gibt, liegt mehr an der sozialen Dynamik von Ausgrenzung und Selbstethnisierung als an alten Überlieferungen.

Mit der EU Menschenrechte in der Türkei durchsetzen?

Der Einsatz für ein uneingeschränktes Bleiberecht für Alle und die Kritik an der Festung Westeuropa ist in der BRD zentral. Wir können nichts Fortschrittliches darin erkennen, wenn sich Großteile der Kurdistan-Solidarität an die Debatte der Herrschenden anhängen, ob und wie die Türkei die Kriterien für einen EU-Beitritt erfüllen könne. Die Bundesrepublik als ein Land, in dem täglich das gesetzlich garantierte Menschenrecht auf körperliche Unversehrtheit im rassistisch geprägten Alltag zu Makulatur wird, darf nicht dadurch als vermeintlich zivilisiert legitimiert werden, dass an ihre Regierung appelliert wird, doch bitte für die Einhaltung der Menschenrechte in der Türkei zu sorgen. Genau dies passiert aber permanent durch die Menschenrechtskampagnen aus Kreisen der Kurdistan-Solidarität und der Sympathisanten der PKK.

Kurdisierung

Die gegenwärtige Kurdisierung und Türkisierung unter MigrantInnen aus der Türkei liegt wesentlich an der rassistischen Ausgrenzung seitens der deutschen Dominanzgesellschaft. Gerade Kinder und Jugendliche suchen sich eine Identität, mit der sie sich trotz gegen die alltägliche Ausgrenzung meinen behaupten zu können. Goldkettchen mit türkischen Nationalsymbolen wie dem Halbmond oder der Fahne sind hiervon nur der offenkundigste Ausdruck. Oder die Halstücher in den kurdischen Farben, die weitverbreitete Verehrung für Apo. Die Repression der BRD gegenüber der PKK hat massiv zur Kurdisierung beigetragen: Die meisten, über 100, politischen Gefangenen in der BRD kommen aus der Bewegung um die PKK. Tausende Verfahren laufen wegen Unterstützung der PKK. Seit Kanther 1993 die PKK verbot und 35 kurdische Vereine schließen ließ, ist das Feindbild „die Kurden“ medial aufgebaut worden. Der SPDler Duve entdeckte schon im Sommer 1993 im Bundestag die PKK als „eine tödliche Bedrohung für unsere Städte“. Die PKK mit ihrem Personenkult und ihrer ausgeprägten Neigung zu Märtyreraktionen bis hin zu den Selbstverbrennungen bot den bürgerlichen Medien die Gelegenheit, aus den bewährten Feindbildern

„kommunistische Unterwanderung“ und „kriminelle Südländer“ das Bild von „den Kurden“ zu mixen. So wurde die „Kurdenfrage“ zu „Kurdenterror“, „Kurdenkrieg“ und „Kurdensturm“. Der taz-Türkei-Korrespondent Ömer Erzeren erklärte dazu: „Die Kurden“ wird gesagt, wenn die PKK gemeint ist. Das ist das Muster der Ethnisierung, das in den Berichten angewendet wird.“⁵ Der bisherige Höhepunkt dieser ethnisierenden Hetze war die Medienkampagne nach den Aktionen zu Öcalans Entführung am 15.2.99 in die Türkei. Parallel veranstaltete der Staat eine enorme Repression: Bundesinnenminister Schily verkündete am 21.2.99, dass über 2.100 TeilnehmerInnen der Aktionen für Öcalan festgenommen worden sind – innerhalb von vier Tagen! Der bei den Protesten verursachte relativ geringe Sachschaden, der weit unter den Rekordmarken autonomer Riots der 80er lag, wurde von großen Teilen der Dominanzgesellschaft als Bedrohung ihrer deutschen Beschaulichkeit empfunden. Thomas Uwer und Thomas von der Osten-Sacken stellten dazu fest: „Seit dem Verbot kurdischer Vereine im November 1993 ist in Deutschland gelungen, woran die kurdische Nationalbewegung bislang immer scheiterte: ‚Die Kurden‘ sind zu einer scheinbar statischen und homogenen Gruppe transformiert. Ihnen werden festumrissene Eigenschaften, eine konsistente, geteilte Geschichte und gemeinsame politische Interessen zugeschrieben, in einer Dichte, die alle Versuche kurdischer Nationalisten übertreffen dürfte, Gemeinschaft unter der versprengten und heterogenen Exilgemeinde zu stiften.“⁶ Dass die staatliche und gesellschaftliche Repression die Kurdisierung bzw. Ethnisierung von Menschen aus der Türkei in der BRD wesentlich verstärkt hat, ist für uns ein weiterer Grund, gegen das PKK-Verbot zu sein.

Ein weiteres hat der brutale Krieg der türkischen Armee in den Aufstandsprovinzen bewirkt: Die Polarisierung in türkisch versus kurdisch hat dadurch stark zugenommen. So wie es in Türkisch-Kurdistan besonders in den Dörfern kaum eine Möglichkeit gibt, sich nicht zwischen Armee und Guerrilla zu entscheiden, so gibt es in der Bundesrepublik eine Kurdisierung durch die Erzählungen über Kriegsgräuel und Repression. Bei den Fernsehsendern ist es die Entscheidung zwischen dem türkischen Staatsfernsehen TRT und dem PKK-nahen Sender MED-TV, der aus Westeuropa sendet.

Insbesondere in der zweiten Generation entdecken MigrantInnen ihr Kurdisch-Sein. Oft sprechen die Eltern weder kurdisch noch pflegen sie „alte Traditionen“. Aber ihre Kinder nehmen zum Teil die Option wahr, jemand zu sein – als Kurdin. Einige KämpferInnen lernen dann erst bei der Guerrilla Kurdisch. Irgendeine Verallgemeinerung über Migrantinnen aus Türkisch-Kurdistan hilft nicht weiter. So glauben viele im kurdi-

schen Studierendenverband YKK Aktive an ein kurdisches Volk und dessen Verwurzelung in der Heimat Erde, obwohl sie selbst in der BRD aufgewachsen sind. Es kann dementsprechend nicht darum gehen, irgend etwas über die Migrantinnen aus Türkisch-Kurdistan verabsolutieren zu wollen. Es ist auch klar, dass es viele Flüchtlinge gibt, die vor dem Krieg in der Türkei geflohen sind, und für deren Selbstbild die Kriegserfahrungen und auch die PKK wichtig sind. Trotzdem sind der Großteil der Menschen aus der Türkei, die in der BRD leben, schon lange vor dem am 15. 8. 1984 begonnenen Krieg zwischen PKK und türkischer Armee in die BRD eingewandert⁷.

Hoch die kosmopolitische Solidarität!

Sabine Skubsch wirft uns im letzten Abschnitt ihres Artikel vor, dass unsere Solidarität an den Betroffenen vorbei gehen solle: „Dieses Dilemma offensichtlich erkennend schafft sich die ‚gruppe demontage‘ einen kurdischen Migranten ‚nach ihrem Bilde‘.“ Uns geht es aber nicht darum, Menschen aus Lehm oder Mais zu erschaffen. Was daran verwerflich sein soll, dass wir wenigen Linken in der BRD uns für Solidarität und Kontakte zuerst nach Linken unter MigrantInnen und Flüchtlingen in der BRD und Linken in anderen Ländern umschauen, leuchtet uns nicht ein. Skubsch unterstellt uns – und da ist sie wie bei ihren anderen Vorwürfen auch nicht die einzige – wir verstünden uns als eine Art Emanzipations-TÜV. Davon kann selbstredend keine Rede sein: Für welche machtvollen Bewegungen sollten wir den in diesem Land quasi institutionell solidarisch zu beglückende Bewegungen ausschauen? Skubsch hat aber genau dieses Bild machtvoller Solidarität vor Augen, wenn sie uns unterstellt, wir könnten Solidarität garantieren: „Jede und jeder, der oder die erfolgreich das Nadelöhr linker politischer Wertvorstellungen durchschritten hat, wird mit uneingeschränkter Solidarität rechnen können.“ Es wird als Ironie gemeint sein, um uns unsere Schwäche vorzuhalten. Wir möchten der Darstellung unserer Position bei Skubsch im folgenden den entsprechenden Abschnitt aus unserem Buch entgegenhalten, damit die geneigte Leserin selbst vergleichen kann:

„Die Frage bleibt, was tun in bezug auf den Krieg in Türkisch-Kurdistan? Unsere Kritik wird die PKK kaum anrühren. Es geht um die antiimperialistische Politik der Linken hier. Die Solipolitik darf weder dazu führen, die eigene politische Perspektivlosigkeit in Zeiten des Niederganges auszugleichen, noch in Sehnsucht nach einem revolutionären Subjekt zu vergehen oder die eigenen Identitätswünsche auszuleben. Ein positiver Bezug auf die PKK als Organisation und den kurdischen Nationalismus, in welcher Form auch immer, verbietet sich aus den oben genannten Gründen. Wenn wir So-

lidarität üben, dann mit offener Kritik an dem Befreiungsnationalismus im allgemeinen, und um beim Beispiel zu bleiben, an dem der PKK im besonderen. Weder müssen die kurdischen Nationalfarben auf Plakaten benutzt noch PKK-Fahnen geschwenkt werden. Genauso muss keine PKK-Propaganda nachgedruckt oder ihre aktuelle Politik kritiklos hingenommen werden. Solidarität bei der Verfolgung von KurdInnen durch den deutschen Staat bleibt weiterhin notwendig, genauso wie ein Einschreiten gegen den alltäglichen Rassismus der deutschen Bevölkerung. Notwendig ist die Solidarität wegen der repressiven und rassistischen Verfolgungspolitik und nicht wegen der Politik der PKK.

Die PKK ist aus unserer kommunistischen Sicht keine linke Organisation, sondern höchstens eine antikoloniale Kraft [Anm.: und das mittlerweile nur in der Vergangenheit]. Unser direkter inhaltlicher Bezug liegt deshalb bei Linken in der Türkei und Kurdistan und bei linken MigrantInnen hier. Weil ein direkter Austausch mit Linken in der Türkei und Kurdistan unsere Kräfte in der Regel übersteigen wird, sollten wir die Zusammenarbeit mit linken MigrantInnen und Flüchtlingen hier suchen, die sich politisch nicht über eine ethnische Zuschreibung definieren. Die eigentliche Solidaritätspolitik sollte sich vorrangig gegen die hiesige Politik richten, die in der Türkei militärisch und wirtschaftlich ein koloniales Regime stützt. Zu jeder grenzüberschreitenden Solidarität können wir den besten Beitrag leisten, wenn wir versuchen, dem Imperialismus hier Grenzen zu setzen.“ (Postford. Guerrilla, S. 236).

Um gegen die Militärdemokratie in der Türkei zu protestieren oder zu kämpfen, ist kein kurdisches Volk zur Legitimation nötig. Um gegen die Ausgrenzung von Menschen aus der Türkei und anderswo in der BRD anzugehen, brauche ich weder alte Traditionen, noch ein kurdisches Volk, noch ein Bündnis mit der PKK. Beide Male geht es um antiherrschaftliche Politik: Gegen Unterdrückung und Ausbeutung zu sein ist etwas anderes als für ein Volk.

Öcalan hatte den Rassismus gegen kurdische Flüchtlinge in Deutschland bereits früher mit der illegalen Flucht dieser Menschen gerechtfertigt und sich dafür entschuldigt, dass Kurden mit ihren Aktionen „die Gefühle des deutschen Volkes verletzt“ hätten. Solange sich PKK und Solibewegung weiterhin auf Kategorien wie Volk und Ethnie beziehen und antirassistische Ansätze nicht zu einem wichtigen Bestandteil ihrer Politik machen, ist eine umfassende Befreiung jenseits von nationalen Identitätszuschreibungen nicht möglich.

Um gegen Unterdrückung anzugehen, müssen bürgerlichen Ideologien der jeweiligen Betroffenen auch in Bündnissen nicht übernommen werden. Für eine emanzipatorische Bewegung ist es vielmehr eine existenzielle Voraussetzung,

kein Herrschaftsverhältnis für eine vermeintliche größere Breite zu akzeptieren. Das ist nicht neu – Debatten um kritische Solidarität gab es auch früher. Für uns heißt kritische Solidarität auch, den eigenen sozialen Ort und Privilegien mitzudenken. Dementsprechend geht es uns nicht darum, eine vermeintlich wertfreie Aufklärung zu exportieren. Wir sind uns dessen bewußt, dass das Konzept Nation und Staatsvolk von Europa aus mit dem kapitalistischen Weltmarkt gewalttätig allerorten durchgesetzt wurde. Gegen metropolitanes Denken sein heißt deshalb, damit aufzuhören, Menschen in der ganzen Welt in Nationen und Völker einteilen zu wollen, um sie zu Objekten der Solidarität machen zu können.

Debatte?

Wir würden uns freuen, wenn unsere Kritik in der Kurdistan-Solidarität zum dringenden Anlass genommen werden würde, über die Entwicklung von PKK und Solibewegung offen zu streiten.

gruppe demontage
Postfach 306 132, 20327 Hamburg

Zum Weiterlesen:

ekan: Dokumentation zur Kurdistan- und Türkei-Solidaritätsarbeit, Texte von 8/97 bis 9/99. 110 Seiten. Bezug: 11,50 DM in Porto an: ekan c/o Antibuch, Mittlere Kanalstraße 19, 90429 Nürnberg.

Udo Wolter: Zahlreiche Artikel in der *jungle world*, beispielsweise: Antreten zur neuen Weltordnung, in Nr. 35-36/99, Prügel für die Zivilgesellschaft, in Nr. 02/2000

gruppe demontage: Postfordistische Guerrilla – Vom Mythos nationaler Befreiung, 288 Seiten, 29,80 DM, Unrast Verlag, 2. Auflage Mai 99 • Gegen die Unterstützung der Militärdemokratie in der Türkei – Für eine Solidarität jenseits von „Völkerrecht“ und „Volk“, Flugschrift, nachgedruckt in: Interim 467, 14.01.99; Zeck 76, 1/99. • Die Linke und ihre Stunde Null – Ein Reisebericht der *gruppe demontage*. Erscheint im Februar 2000 in Willi Bischof/Irith Neidhardt (Hg.): „Wir sind die Guten – Antisemitismus in der radikalen Linken“ im Unrast Verlag.

1) Zitiert nach: Kritik an Öcalans Aufruf, von A. Seanuzdemir, in: UZ 37/99, 17.9.99

2) An das Präsidium des Kassationsgerichtshofs, Imrali, den 21. Oktober 1999, Erklärung von Abdullah Öcalan. Übersetzung der Informationsstelle Kurdistan.

3) Zitiert nach: Die PKK kapituliert – Ein Deal auf dem Rücken des Widerstands. Von Knut Rauchfuss, in: SOZ 13/99, 24.6.99

4) Unser höchstes Ziel ist das Zusammenleben von Türken und Kurden. Interview mit Osman Öcalan von Inga Rogg, NZZ 28.10.99

5) Martin Krauß: Letztlich (fast) keine Mitschuld, in: taz 22.4.99

6) Thomas Uwer/Thomas von der Osten-Sacken: Jeder Kurde eine Bombe, in: *jungle world* 11/99, 10.3.99

7) vgl. *gruppe demontage*: Kurdistansolidarität gleich PKK, Volk plus Diplomatie? sowie die Entgegnung von scc: Starke Behauptungen, schwache Argumente. Beides in Politische Ber. 3/99

5. Februar: Bundesweite Demonstration für das Leben und die Freiheit von Mumia Abu-Jamal in Berlin

5./6. Februar: Der Landesparteitag der PDS NRW beschließt über Wahlprogramm und Kandidatenliste für die Landtagswahlen

12. Februar: „Anregung für parlamentarische Tätigkeit in den Thesen der Programmkommission der PDS“, Tagung in Hannover mit zwei Foren: 1. Friedens- und Sicherheitspolitik, 2. Regulationsweise. Ort: Freizeitheim Linden, Windheimstraße

13. Februar: (Achtung: verlegt!) Arbeitsausschuss des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften in Fulda

19. Februar: „Anregung für parlamentarische Tätigkeit in den Thesen der Programmkommission der PDS“, Tagung in Köln

19. Februar: PDS-Landesparteitag Brandenburg

19. Februar: PDS-Landesversammlung Saarland in Saarbrücken

19. Februar: PDS-Landesmitgliederversammlung Bremen

19./20. Februar: 5. Landesparteitag, 5. Tagung der PDS Thüringen

24. Februar: München: Siemens-Aktionärs-Hauptversammlung und Anti-Atom-Aktionen. Kontakt: KO-Kreis Siemens-Kampagne, Friedrichstr. 165, 10117 Berlin, Tel.: 030/2044784, Fax: 030/2044785, E-Mail: siemens-boykott@t-online.de Internet: <http://www.siemens-boykott.de>

26. Februar: „Anregung für parlamentarische Tätigkeit in den Thesen der Programmkommission der PDS“, Tagung in Stuttgart

26. Februar: PDS-Landesparteitag Berlin

27. Februar: Landtagswahlen in Schleswig-Holstein

4. März: Der Krieg und die Evangelische Kirche. In Tutzing findet eine Tagung „Was rechtfertigt Krieg?“ Der Krieg im Kosovo provoziert ein neues Nachdenken über die Friedensethik statt.

17. März: Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz der Grünen. Veranstalter von: Bundesverband in Karlsruhe, Schwarzwaldhalle

7.- April: PDS-Bundesparteitag in Münster

9. April: 13. CDU-Parteitag in Essen

15.-16. April: Bundestreffen des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften

19. April: Hauptversammlung der DaimlerChrysler AG, ICC Berlin, mit Aktionen der Kritischen Aktionäre. Kontakt: Dachverband kritischer DaimlerChrysler Aktionäre, Sophienstr. 19, 70178 Stuttgart, Tel.: 0711/608396, Fax: 0711/608357, E-Mail: orl@gaia.de Internet: <http://www.dfg-vk.de/orl/index.htm>

22. – 24. April: Ostermärsche in der ganzen Bundesrepublik

14. Mai: Landtagswahlen in NRW

26. Mai: Nordatlantische Versammlung, Frühjahrs-Tagung in Budapest 31.

31. Mai: Deutscher Katholikentag in Hamburg

31. Mai bis 4. Juni: Gesundheitstag 2000 in Berlin. Adresse: Gesundheitstag 2000, Sarrazinstr. 3, 12159 Berlin, fax: 030 / 85 99 97 78, Email: ich.mache.mit@gesundheitstag.de

1. Juni: EXPO 2000 in Hannover (bis 31.10.)

6. Juni: Westeuropäische Union

6. bis 12. Juni: Internationale Luftfahrtausstellung (ILA) in Berlin Schönefeld und Gegenaktivitäten von Friedensgruppen. (Ausstellungsprogramm siehe <http://www.ila-berlin.de>) Kontakt: Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär, Oranienstr. 25, 10999 Berlin, Tel.: 030/615005-30, Fax: 030/61500529. E-Mail: info@kampagne.de Internet: <http://www.kampagne.de>

9. Juni: Hauptversammlung der Deutschen Bank, Festhalle Frankfurt mit Aktionen der Kritischen Aktionäre. Kontakt: Dachverband Kritische AktionärInnen, Henry Mathews, Schlackstr. 16, 50737 Köln, Tel.: 0221/5995647,

ADRESSAUFKLEBER

Fax: 0221/5991024. E-Mail: critical_shareholders@compuserve.com Internet: <http://www.kritischeaktionaeere.de>

8. bis 13. Juli: Europäische Konferenz der PädagogInnen für den Frieden „Entwicklung einer Kultur des Friedens – für Gerechtigkeit, Solidarität und Demokratie“ in Paris, UNESCO (Place Fontenoy). Kontakt: PädagogInnen für den Frieden (PPF) Bernhard Nolz, Kölner Str.11, 57072 Siegen, Tel.: 0271/20596, Fax: 0271/2390985 E-Mail: nolzpoppp@t-online.de Internet: <http://www.nadir.org/nadir/initiativ/ppf>

7. November: US-Präsidentenwahlen, Neuwahl des Repräsentantenhauses und ein Drittel des Senats sowie zahlreicher Gouverneure

1. Dezember: EU-Gipfel in Frankreich, voraussichtliche Punkte: Abschluss der Regierungskonferenz 2000, Feierliche Verabschiedung einer Europäischen Charta der Grundrechte, Förmlicher Beschluss der Integration der WEU in die EU

Gesundheitstag 1980 – Gesundheitstag 2000

20 Jahre Aufbau, Umbau, Abbau. Zu wenig für das 21. Jahrhundert!

Die alten Fragen brauchen neue Antworten. Die folgenden Punkte skizzieren die vorhandenen Themenbereiche, die mit Veranstaltungen auf dem Gesundheitstag 2000 bearbeitet werden.

- *Kommunikation und Kooperation* - schmutzige Worte für Sonntagsreden? Hausarzt, Facharzt, Kliniken, Sozialstationen, Selbsthilfegruppen, Psychologen: Jeder arbeitet isoliert vor sich hin. Welche Netzwerke und Kooperationsformen taugen für die Zukunft?
 - *Krankenkassen* - Bürokratische Kolosse ohne Innovation und Vision. Wie müssen die Kassen der Zukunft aussehen?
 - *Fortschritt der Medizin* - Albtraum oder Hoffnung? Gentechnik, Klonung, künstliche Befruchtung, Transplantations- und Intensivmedizin, Telemedizin und Gläserner Patient: Was wollen, dürfen, müssen wir tun?
 - *Pflege im Wandel*: Entwickelt sich die Pflege zur neuen Heilkunst? Wie können „cure&care“ gleichermaßen zur Geltung kommen?
 - *Patienten und Ärzte* - Gegner oder Partner?
- Rechte, Wissen und Verantwortung in einer problematischen Beziehung.
- Prävention - Hilfe für ein gesundes Leben: Schule, Fernsehen und was noch?
- *Mensch, Arbeit und Umwelt*: Gesundheitskultur und Lebensräume im 21. Jahrhundert
 - *Alternative Medizin und Esoterik*: Ernst zu nehmendes Angebot oder Spielwiese für Abzocker?
 - *Gesundheitspolitik und Gesellschaft*: Markt, Staat oder was?
 - *Wissenschaftstheorien und Menschenbilder*: Paradigmenwechsel in der Medizin? Was leisten Pflege- und Gesundheitswissenschaften?

Wie sollen Leben und Arbeiten, Gesundsein und Kranksein in Zukunft aussehen? Welche Modelle schlägt ihr vor? An welchen Konzepten arbeitet ihr? Wie kommen wir aus der jetzigen Krise? Welche Maßnahmen sind nötig? Wie kann alles besser werden?

Zukunft - hat das was mit uns zu tun? Schickt uns eure Visionen und Beiträge für Diskussionsrunden, Arbeitsgruppen und Projekte!

Gesundheitstag 2000, Sarrazinstr. 3, D-12159 Berlin

- oder per Fax 030/85 99 97 78

- oder mit dem mitmachen.html Online-Antwortformular

- oder per E-Mail: mailto:ich.mache.mit@gesundheitstag.de